

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: Kapitel 1 - Unser grüner Bezirk

Antragstext

Unser Bezirk ist mehr als ein Ort zum Wohnen. Er ist unser Alltag, der Weg zur Schule, der Park um die Ecke, der Schatten auf dem Gehweg, die sichere Kreuzung, die Luft, die wir atmen. Genau hier entscheidet sich, ob Klimaschutz spürbar wird – oder eine Debatte bleibt. Wir Grüne machen Politik so, dass sie im Kiez ankommt: konkret, gerecht für mehr Lebensqualität für jeden von uns.

Wir Bündnisgrüne haben in den letzten Jahren für Klima, Natur, Verkehrssicherheit und Lebensqualität und damit für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg viel erreicht: Wir haben ein Klimaanpassungskonzept auf den Weg gebracht und tausende neue Straßenbäume gepflanzt. Wir haben Entsiegelung und Versickerung möglich gemacht und setzen diese Arbeit fort. Wir haben sichere Radwege und Fahrradstraßen gebaut, wir haben Schulwege sicherer gestaltet und mit der Parkraumbewirtschaftung den knappen Raum fairer verteilt. Darauf bauen wir auf, denn wir haben noch viel vor, damit unser Bezirk für alle Menschen, in allen Ortsteilen auch morgen lebenswert bleibt.

Unsere Ziele

- Wir machen Grün zur Infrastruktur, pflanzen mehr Straßenbäume und schaffen und pflegen Grünflächen überall im Bezirk.
- Wir stärken die Stadtnatur, werten Parks, Plätze und Wege auf und machen Natur in der Stadt erlebbar.
- Wir kühlen den Bezirk ab, mit mehr Schatten, Trinkwasser und kühlen Orten.

- Wir machen Berlin zur Schwammstadt durch Entsiegelung und Regenwassernutzung gegen Trockenheit und Starkregen.
- Wir schaffen sicheren, klimafreundlichen Verkehr, mehr Platz und Sicherheit für Fuß- und Radverkehr und einen besserer ÖPNV.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.1 GRÜN IST INFRASTRUKTUR: BÄUME,
PARKS UND GERECHTE VERTEILUNG**

Antragstext

Grünflächen und Bäume sind in einer wachsenden Stadt keine Nebensache. Sie kühlen, filtern die Luft, halten Wasser in der Stadt und schaffen Räume, in denen man sich begegnen kann. Doch stehen die meisten unserer Stadtbäume unter Stress: jährlich schlimmer werdende Trockenheit, Baustellen, Feinstaub, Krankheiten und schlechte Standorte setzen ihnen zu. Hinzu kommt für Tempelhof-Schöneberg, dass Grün ist in unserem Bezirk ungleich verteilt ist. Wer in zubetonierten Kiezen wohnt, hat oft weniger Schatten, weniger Parks und weniger Aufenthaltsqualität. Genau deshalb ist Baumpolitik für uns auch soziale Politik: Wer wenig Schatten und wenig Parks hat, braucht zuerst mehr Schutz vor Hitze.

Wir Bündnisgrünen haben in den letzten Jahren geliefert: Allein 2025 haben wir 479 Straßenbäume neu gepflanzt. Zieht man die notwendigen Fällungen ab, ist der Bestand innerhalb eines Jahres um 205 Straßenbäume gewachsen – so stark wie in keinem anderen Berliner Bezirk. Durchschnittlich steht alle 11 Meter ein Straßenbaum in Tempelhof-Schönebergs Straßen. Wir schützen bestehende Bäume aber auch dort, wo Großbaustellen drohen, wichtigen Bestand zu zerstören. So haben wir am Tempelhofer Damm Fällanträge für über 50 Bäume, die teilweise 150 Jahre alt sind, abgelehnt und streiten mit dem Senat für Lösungen, die Baustelle und Baumerhalt zusammenbringen. Dabei machen auch kleine Maßnahmen einen Unterschied: Wir haben über 100 Baumscheiben vergrößert und damit mehr Raum für Wurzeln, Wasser und Wachstum geschaffen. Und wir machen mit Beispielen wie dem autofreien Portal am John-F.-Kennedy-Platz vor dem Rathaus Schöneberg sichtbar, dass grüne Politik Aufenthaltsqualität bedeutet. Damit wir Bäume, Parks und Spielplätze dauerhaft gut pflegen können, brauchen wir ein Grünflächenamt, das handlungsfähig ist. Wir setzen uns daher für mehr Personal und ein verlässliches Budget ein, damit Pflege, Bewässerung und Instandhaltung nicht vom Zufall abhängen.

Wir wollen und werden uns weiter für eine klare Baumpolitik einsetzen, die schützt, nachpflanzt und besser pflegt und die besonders dort wirkt, wo Grün am meisten fehlt. Dazu sichern wir eine positive Baumbilanz und pflanzen Jahr für Jahr mehr Bäume nach, als gefällt werden. Zugleich verbessern wir die Pflege und

Standorte der Bäume, damit diese bei Umbauten von Anfang an mitgedacht werden. Besonders in stark versiegelten Quartieren bringen wir mehr Grün auf die Straße und setzen dort zuerst an, wo es am heißesten ist und wo Menschen am meisten unter Hitze leiden. Dabei vertreten wir den Baumschutz konsequent und sorgen auch gegenüber dem Land Berlin dafür, dass Zusagen eingehalten werden und Bäume nicht unnötig gefällt werden. Damit das schneller geht, bauen wir Bürokratie ab, wo sie bremst, und machen es leichter, Baumscheiben zu pflegen oder junge Bäume zu unterstützen – ohne unnötige Hürden. Außerdem pflanzen wir mehr Obst- und Beerengehölze im öffentlichen Raum: Das stärkt die Artenvielfalt und macht Grün im Alltag erlebbar.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.2 STADTNATUR UND LERNORTE:
ARTENVIELFALT ERHALTEN, NATUR
ERLEBBAR MACHEN**

Antragstext

Die Artenvielfalt geht zurück. Wissenschaftler*innen sprechen von einem Massenaussterben. Wildpflanzen verschwinden, Insekten finden weniger Nahrung, Amphibien und Vögel wiederum finden weniger Insekten und die städtische Natur gerät unter Druck, weil Flächen knapp sind und Nutzung zunimmt. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach Natur in der Stadt: Menschen wollen Orte, an denen Kinder entdecken können, wie Natur funktioniert. Sie wollen Grün, das beruhigt, schützt und den Alltag besser macht.

Wir Bündnisgrünen haben die Grünräume im Bezirk massiv gestärkt. Der Volkspark Lichtenrade zeigt bürgerschaftliches Engagement, wurde jahrelang von Ehrenamtlichen aufgebaut und gepflegt. Damit der Park gesichert werden kann und beispielsweise die schwere Baumkontrolle vom Bezirk übernommen wird, haben wir den Volkspark als Grünanlage gewidmet und ihn damit auch für die Zukunft gesichert. Außerdem haben wir die Marienfelder Feldmark zum Landschaftsschutzgebiet entwickelt und ausgewiesen. Seltene und seit Jahren in Berlin nicht mehr dokumentierte Insektenarten sind nun dort wieder zu finden.

Wir wollen Stadtnatur so schützen, dass sie im Alltag sichtbar und erlebbar wird. Das heißt, dass wir gezielt Wildpflanzen und naturnahe Flächen fördern, die Insekten Nahrung geben und gleichzeitig pflegeleicht sind. Zudem bauen wir Lern- und Naturorte aus und stärken Orte, an denen Kinder, Schulgruppen und alle Interessierten Natur niedrigschwellig und gut erreichbar erleben können. Auch stärken wir Gemeinschaftsgrünflächen und unterstützen Urban Gardening und gemeinschaftliche Grünprojekte als soziale Orte im Kiez. Dazu gehören auch Gemeinschaftskleingärten, damit mehr Menschen Zugang zu Gartenflächen bekommen – unabhängig davon, ob sie schon lange auf einer Warteliste stehen. Gleichzeitig verteilen wir Grün gerechter und setzen besonders dort an, wo Quartiere heute zu wenig Grün und zu wenig Schatten haben. Und wir sichern die Naturschutzstation Marienfelde dauerhaft und verstetigen Naturranger: So schützen wir Natur, erklären Zusammenhänge und schaffen Ansprechpersonen, gerade dort, wo Nutzungskonflikte entstehen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.3 KÜHLEN STATT AUFHEIZEN: HITZESCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG**

Antragstext

Die Sommer werden heißer. Hitze ist dabei nicht nur unangenehm, sie kann gefährlich werden. Besonders betroffen sind ältere Menschen, kleine Kinder, Schwangere und Menschen mit Vorerkrankungen. In dicht bebauten Quartieren aber fehlen oft Schatten, Grünflächen und kühle Rückzugsorte. Klimaschutz und Hitzeschutz sind deshalb kein Luxus, sondern Schutz unserer Gesundheit.

Wir machen den Klimaschutz dabei konkret und sozial gerecht. „Klimaanpassung“ heißt für uns: Wir bauen und entwickeln den Bezirk so, dass er mit Hitze, Trockenheit und Starkregen besser umgehen kann, damit unser Alltag auch in Zukunft funktioniert. Den Barbarossaplatz bauen wir zu einem klimaresilienten Platz mit Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen und Radverkehr um.

Unser Bezirksbürgermeister hat ein Klimaanpassungskonzept auf den Weg gebracht, das strategisch an den Hitzeschutzplan anknüpft. Es verfolgt das Ziel, Tempelhof-Schöneberg hitzeresilient, wassersensibel, grüner und sozial gerecht zu gestalten – durch eine Kombination aus städtebaulichen Maßnahmen, grüner Infrastruktur, und Regenwassermanagement. Dieses Konzept ermöglicht es, schnell und zuverlässig zu helfen, da es Maßnahmen bündelt und Zuständigkeiten klar festlegt. Wir machen das Thema vor Ort sichtbar, vernetzen Akteur*innen und schaffen Schritt für Schritt konkrete Verbesserungen. So werden wir die Schöneberger Linse zu einem verkehrsberuhigten Stadtteilzentrum entwickeln und im Akazienkiez für mehr Platz für Fußgänger*innen und eine lebendige Einkaufsstraße sorgen. Das Rathausumfeld haben wir mit Aufenthaltsflächen umgestaltet und wollen einen Südplatz für Menschen schaffen, der den Rudolf-Wilde-Park mit dem John-F.-Kennedy-Platz verbindet.

Wir sorgen dafür, dass Hitzeschutz und Klimaanpassung überall im Bezirk ankommen: auf Plätzen, an Schulen, auf Spielplätzen, an Haltestellen und auf dem Weg dorthin. Wir werden daher für mehr Schatten und Kühlung im öffentlichen Raum sorgen – mit Bäumen, Begrünung und klimaangepassten Straßenräumen. So wollen wir ein begrüntes Schöneberger Dreieck schaffen mit einer Klimastraße in der Fritz-Reuter-Straße.

Den Tempelhofer Parkfriedhof entwickeln wir zu einem Hitzeschutzpark mit viel Schatten und kühlen Orten mit einer gesamtstädtischen Bedeutung. Zudem bauen wir das Trinkwasser-Angebot im Kiez aus, damit Abkühlung kein Luxus, sondern für alle erreichbar ist. Darüber hinaus verbessern wir Orientierung und Unterstützung beim Thema Hitzeschutz– mit klaren Informationen, gut erkennbaren kühlen Orten und besserer Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.4 SCHWAMMSTADT: WASSER HALTEN,
STARKREGEN ABPUFFERN, KIEZE STÄRKEN**

Antragstext

Wenn es lange nicht regnet, trocknet die Stadt aus. Wenn es dann plötzlich stark regnet, läuft das Wasser in die Kanalisation und überfordert sie oft, als Abfluss nutzt die Stadt die Spree, die durch den Dreck aus der Kanalisation verunreinigt wird. Beides ist schlecht: Für Bäume und Grün fehlt Wasser, bei Starkregen steigen Risiken für Überflutungen. Dazu kommt, dass viele Flächen versiegelt sind, Wasser kaum versickern kann und die Stadt sich zusätzlich aufheizt. Die Herausforderungen sind damit doppelt so groß: Wir brauchen mehr Flächen, die Wasser aufnehmen können. Wir müssen Regenwasser dort halten, wo es fällt und es dort versickern lassen, wo es möglich ist.

Wir Bündnisgrünen haben bereits Entsiegelung im Straßenland umgesetzt, kleinteilig und dezentral. In Lichtenrade beispielsweise haben wir neue Versickerungsmulden angelegt und in Schöneberg ehemalige Parkbuchten in der Langenscheidtstraße und der Bülowstraße entsiegelt. Das hilft den Bäumen und verbessert den Wasserhaushalt im Kiez.

Wir arbeiten daran, dass Tempelhof-Schöneberg Teil der „Schwammstadt Berlin“ wird. Dafür arbeiten wir enger mit der Regenwasseragentur zusammen. So bringen wir Projekte schneller auf die Straße, von Entsiegelung bis Regenwassernutzung. Das klingt technisch, gemeint ist aber etwas Einfaches: Wir sorgen dafür, dass Regenwasser nicht in der Kanalisation verschwindet, sondern unserem Bezirk beim Kühlen, beim Begrünen und beim Schutz vor Starkregen hilft. Dazu weiten wir die Entsiegelung aus und machen aus Asphalt wieder Boden – Schritt für Schritt, Kiez für Kiez. Zudem nutzen wir Regenwasser besser und schaffen mehr Anlagen, die Regen sammeln und Grünflächen versorgen, damit Bäume Trockenphasen besser überstehen. Auch behalten wir Stillgewässer im Blick und sorgen für Pflege und regelmäßige Kontrolle, damit Teiche und kleine Gewässer stabil bleiben.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.5 DAS TEMPELHOFFER FELD: FREIRAUM
SCHÜTZEN, STADTKLIMA SICHERN**

Antragstext

Das Tempelhofer Feld ist das Herzstück unseres Bezirks und ein Symbol dafür, was eine Großstadt zum Atmen braucht. Es kühlt die Umgebung, schafft Raum für Sport und Erholung und ist ein großes Kaltluftgebiet, das gerade in heißen Sommern eine spürbare Entlastung bringt. Gleichzeitig steht das Feld immer wieder unter Druck: Pläne für Bebauung werden reaktiviert, das eindeutige Ergebnis des Volksentscheids wird von den Senatsparteien relativiert.

Wir Bündnisgrüne haben uns dagegen klar und sichtbar für den Schutz des Feldes in seiner kompletten Größe ausgesprochen- in Debatten, in der Bezirksverordnetenversammlung, im Abgeordnetenhaus und im Austausch mit Initiativen. Jegliche Bebauung schließen wir aus. Eine Weiterentwicklung des Felds, beispielsweise eine Erhöhung der Zahl der Bäume sowie der Bänke, ist für uns nur gemäß den Vorgaben des bestehenden THF-Gesetzes denkbar, dem Gesetz, das das Feld vor Bebauung schützt. Wir arbeiten mit Engagierten zusammen und stützen uns auf das Wissen von Menschen, die das Feld seit vielen Jahren verteidigen. Wir haben außerdem begonnen, Freiräume stärker als Infrastruktur zu denken: als Orte, die Gesundheit, Begegnung und Stadtklima schützen.

Wir wollen, dass das Tempelhofer Feld frei bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entscheidung der Berliner*innen beim Volksentscheid respektiert wird und dass Bebauungspläne nicht durch die Hintertür zurückkehren. Wir wollen das Feld als Grün- und Erholungsfläche im Sinne des Pflege- und Entwicklungsplans, der sich auf das THF-Gesetz stützt, weiterentwickeln – klug, fair und ohne den Charakter zu verändern. So bleibt das Feld das, was es für viele Menschen heute schon ist: Klimaraum, Freiraum und ein Stück öffentlicher Freiheit. Durch die Nutzung der ehemaligen Eisenbahnbrücke wollen wir auch einen südlichen Zugang für Fuß- und Radverkehr zum Tempelhofer Feld schaffen. Wir machen uns stark für die Beteiligung der Berliner*innen, unter anderem durch die gewählte Feldkoordination, und setzen uns dafür ein, dass die vielen unterschiedlichen Sportangebote, Bildungs-, Kultur-, Jugend- und weiteren Angebote ihre Arbeit auf dem Feld fortsetzen können.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.6 SPIELPLÄTZE UND AUFENTHALT: ORTE
FÜR KINDER, FAMILIEN UND
NACHBARSCHAFTEN**

Antragstext

Spielplätze sind Treffpunkte, Bewegungsorte, kleine Oasen und oft der wichtigste öffentliche Raum für Familien und Kinder in dicht bebauten Quartieren. Viele Spielplätze sind jedoch veraltet oder nicht ausreichend barrierefrei. Gleichzeitig fehlt es oft an Bänken, Schatten und guter Aufenthaltsqualität für Begleitpersonen. Wir wollen, dass Spielplätze im Bezirk sicher, inklusiv und einladend sind.

Wir haben stark an besseren Spielplätzen gearbeitet. Tempelhof-Schöneberg baut viele neue und saniert viele bestehende Spielplätze und integriert barrierefreie Angebote. Und wir haben gezeigt, dass gute Finanzierung möglich ist: Zwei neue Spielplätze in Lichtenrade können wir unter anderem mit Geldern aus der den Parkzonen bauen. Das zeigt, dass gerechte Flächenpolitik allen zugutekommt – auch Kindern und Familien.

Wir Bündnisgrünen wollen, dass Spielplätze zu schönen und sicheren Aufenthaltsorten für alle Familien werden, die Treffpunkt der Nachbarschaft und Platz zum Austoben sind. Gemeinsam entwickeln wir Spielplätze nach Bedarf, besonders dort, wo viele Kinder leben und wo Wohnungen eng sind. Zudem stärken wir Inklusion und denken Barrierefreiheit von Anfang an mit. Außerdem sorgen wir für mehr Schatten und Sitzplätze, damit Spielplätze auch an heißen Tagen gut nutzbar sind. Dazu gehört auch eine gute Beteiligung die dafür sorgt, dass Menschen aus allen Ortsteilen mitreden können und Entscheidungen transparent sind.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.7 SAUBERER, SICHERER, KONFLIKTÄRMER:
ÖFFENTLICHER RAUM, DER FUNKTIONIERT**

Antragstext

Lebensqualität zeigt sich nicht nur an großen Projekten. Sie zeigt sich auch daran, ob der Park sauber ist, ob Müllkörbe reichen, ob der Hundebereich klappt und ob sich alle im öffentlichen Raum wohl und sicher fühlen. Gerade dort, wo viele Menschen auf engem Raum zusammenkommen, braucht es klare Regeln und gute Lösungen, die nicht gegen einzelne Gruppen arbeiten, sondern das Zusammenleben erleichtern.

Wir haben die Strukturen gestärkt, die den öffentlichen Raum praktisch besser machen. Unsere Parkläufer*innen sind dafür ein gutes Beispiel: Als Ansprechpersonen für alle Menschen in den Parks zeigen sie regelmäßig Präsenz, können Konflikte früh deeskalieren, Regeln verständlich vermitteln und bei Problemen wie z. B. Müll, Lärm oder Vandalismus schnell zu Lösungen führen. Sie sprechen Probleme früh an, vermitteln und helfen dabei, dass Parks Orte bleiben, an denen sich alle sicher fühlen.

Wir Bündnisgrünen wollen den öffentlichen Raum weiterentwickeln, ihn sauberer, sicherer und zugänglicher gestalten. Für mehr Sauberkeit sorgen wir mit Angeboten wie Sperrmüllaktionen und BSR-Kieztage, damit Müllentsorgung im Alltag einfacher und näher wird. Gleichzeitig verstetigen wir das Angebot der Parkläufer*innen – auch in Mariendorf, damit Konflikte frühzeitig geklärt werden können und Parks für alle einladend bleiben. Nicht zuletzt denken wir Tierschutz mit und sorgen für gute Hundebereichsflächen und Ausstattung im Kiez, damit Grünflächen entlastet werden und Konflikte abnehmen. Ergänzend stärken wir Reparatur- und Wiederverwendungs-Initiativen wie Repair-Cafés, Umsonstläden und Tauschbörsen: Wer repariert und teilt, spart Müll, Geld und Ressourcen – und stärkt das Miteinander im Kiez.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **1.8 SICHER UNTERWEGS: VERKEHR FAIR
ORDNEN, UNFÄLLE VERMEIDEN, RECHT
UMSETZEN**

Antragstext

Der öffentliche Raum ist knapp – und heute oft ungerecht verteilt. Für Menschen, die zu Fuß gehen oder Rad fahren, ist das oft gefährlich. Kinder auf dem Schulweg, ältere Menschen an Ampeln, Menschen mit Kinderwagen oder Rollstuhl: Sie alle brauchen Platz und Sicherheit. Gleichzeitig entstehen Konflikte, wenn Autos, Lieferverkehr, Radfahrende und Fußgänger*innen auf engem Raum aufeinandertreffen. Unser Ansatz ist klar: Wir führen keinen Kulturkampf. Wir setzen Regeln um und machen Straßen sicher.

Wir Bündnisgrünen haben in Tempelhof-Schöneberg konkret an der Infrastruktur gearbeitet und gehören beim Radverkehr wieder zu den Top 3 der Bezirke. Wir haben wichtige Fahrradwege und Fahrradstraßen geschaffen oder weiterentwickelt – etwa in der Grunewaldstraße, Boelckestraße, dem Mariendorfer Damm und dem Tempelhofer Damm, der Monumentenstraße, Langenscheidtstraße und Belziger Straße. Mit dem Abfräsen des Kopfsteinpflasters am Priesterweg haben wir Neuland betreten: Die Nord-Süd-Route wurde deutlich komfortabler, das historische Pflaster blieb erhalten und Regenwasser kann weiter versickern. Das Projekt gilt inzwischen bundesweit als Blaupause und soll an weiteren Stellen im Bezirk folgen. Außerdem haben wir über 1.000 Fahrradabstellanlagen gebaut, damit sichere Wege auch sichere Ziele haben.

Die Bahnhofstraße in Lichtenrade ist historisch gewachsen: leider ist aber die Infrastruktur im Boden nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Den nötigen Umbau nutzen wir, um die Straße in Zukunft noch ansprechender zu machen mit barrierefreien Bushaltestellen, neuen Bäumen, Fußgängerüberwege und deutlich mehr Platz auf dem Gehweg. Beim Fußverkehr haben wir die Schulwegsicherheit ins Zentrum gestellt: Im Umfeld von neun Schulen haben wir den Verkehr beruhigt und es übersichtlicher gemacht, die Straßen zu überqueren. Zudem haben wir die Parkraumbewirtschaftung ausgebaut. Mit neuen Zonen in der Gartenstadt Tempelhof und rund um das Krankenhaus St. Joseph sind alle Ortsteile innerhalb des S-Bahn-Rings nun parkraumbewirtschaftet. Das schafft mehr Ordnung und eröffnet Spielräume – für Bäume, sichere Querungen, Lieferzonen, bessere Haltestellen und Radwege. Außerdem verankern wir neue

Mobilitätsangeboter Parkraumüberwachung sofort starten, wenn der Senat die notwendigen Schnittstellen schafft. Wir Bündnisgrünen wollen, dass das Mobilitätsgesetz insgesamt konsequenter umgesetzt wird, weil es genau das fordert, was Menschen im Alltag brauchen: sichere Wege und eine faire Verteilung des Straßenraums.

Sicher zu Fuß

Wir Grünen richten unsere Verkehrspolitik an Vision Zero aus, damit niemand im Straßenverkehr stirbt oder schwer verletzt wird. Dafür bauen wir sichere Schulwege aus und machen Schulstraßen, gute Querungen und klare Sichtbeziehungen zum Standard. Gleichzeitig stärken wir die Infrastruktur für den Fußverkehr: mehr Bänke, öffentliche Toiletten und gute Wege – wer zu Fuß unterwegs ist, soll sich im Bezirk sicher und willkommen fühlen. Auch bei Ampeln setzen wir auf Sicherheit: Wir setzen uns für längere Grünphasen an Fußgänger*innenampeln ein, damit auch wer langsamer geht sicher rüber kommt.

Ein besonderer Schwerpunkt ist der Schulcampus Marienfelde, den wir als Modellprojekt für mehr Schulwegsicherheit entwickeln wollen. Darüber hinaus richten wir neue verkehrsberuhigte Zonen ein, zum Beispiel als Spiel-, Nachbarschafts- oder Sommerstraßen. So entsteht mehr Platz für Begegnung und Sicherheit. Und wir wollen, dass Kreuzungen sicherer umgebaut werden: Unfallschwerpunkte wie Alt-Mariendorf, Attilaplatz, Friedrich-Wilhelm-Platz oder der Innsbrucker Platz müssen entschärft werden. Dabei bauen wir Kreuzungen weiter barrierefrei um: Absenkungen, sichere Querungen und klare Wege helfen allen, besonders aber Älteren und Menschen mit Einschränkungen.

Sicher mit dem Rad

Wir Grünen schließen die Lücken im Radwegenetz und schaffen sichere Verbindungen. Wo es sicher ist, setzen wir auf grüne Rechtsabbiegerpfeile für Radfahrende mit zeitlich versetzter Ampelschaltung, um die Wartezeiten zu verkürzen und die Sicherheit zu erhöhen. Außerdem öffnen wir geeignete Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung – das macht Wege kürzer und sorgt für klare, sichere Routen im Kiez. Dort, wo viele Menschen bereits mit dem Rad unterwegs sind und wo es sichere Alternativen zu Hauptstraßen braucht, schaffen wir neue Fahrradstraßen.

Ein wichtiger Baustein ist auch die Teltowkanalroute als Radschnellverbindung: Wir beteiligen uns aktiv an der Planung, denn gerade der Süden des Bezirks braucht sichere, schnelle Verbindungen. Gleichzeitig schaffen wir zusätzliche Fahrradabstellflächen so, dass Gehwege frei bleiben – Radparken darf nicht auf Kosten von Menschen zu Fuß gehen. Deshalb bauen wir auch mehr Fahrradbügel an bezirkliche Abstellmöglichkeiten geschaffen – mit Pilotbetrieb seit Ende 2022 am Rathaus Schöneberg, seit Anfang 2024 auch in Alt-Mariendorf. Weitere sind bereits in Planung. Aber dabei darf es nicht bleiben: Geschützte Radwege auf Hauptachsen wie der Marienfelder Allee und die Umwidmung auf dem Lichtenrader Damm müssen her. Zugleich wollen wir die Anbindung insgesamt stärken: Am S-Bahnhof Buckower Chaussee soll auch die Regionalbahn halten, und am Kamenzer Damm braucht es eine neue S-Bahn-Haltestelle.

Sicher unterwegs mit ÖPNV und Auto

Wir Bündnisgrünen wollen, dass Menschen im Alltag verlässlich unterwegs sind – mit einem starken ÖPNV, gut kombinierbaren Angeboten und klarer Ordnung im Straßenraum. Deshalb richten wir Jelbi-Stationen an allen S- und U-Bahnhöfen im Bezirk ein, damit der Umstieg klappt. Gleichzeitig setzen wir Kiezblock-Initiativen gemeinsam mit Anwohner*innen um, transparent und mit klarer Auswertung. In der Gartenstadt Neu-Tempelhof starten wir ein Modellvorhaben mit flächendeckender Verkehrsberuhigung, um zu zeigen, wie mehr Ruhe, Sicherheit und Lebensqualität zusammengehen.

Für mehr Sicherheit gehen wir konsequent gegen Raserei vor, besonders dort, wo viele Kinder unterwegs sind, und setzen uns für Tempo 30 ein, wo es Sicherheit und Lärmschutz verbessert – wenn fachlich möglich auch auf Hauptstraßen. Dazu gehört auch Ordnung im Straßenraum: Wir sorgen für Ordnung, denn Falschparken und zugeparkte Gehwege gefährden Menschen, besonders jene mit Einschränkungen sowie Kinder die die Situationen so nur schwer überblicken können. Auch E-Scooter regeln wir konsequenter und gehen gegen das ordnungswidrige Abstellen von E-Rollern auf Gehwegen vor.

Den öffentlichen Nahverkehr stärken wir mit besserer Taktung, verlässlichen Busverbindungen und mehr Komfort, zum Beispiel durch Bänke an Haltestellen. Außerdem unterstützen wir den Ausbau des BVG-Rufservices Muva in den Außenlagen, damit alle gut angebunden sind – auch ohne eigenes Auto. Und wir setzen uns mit aller Kraft für eine Tramverbindung Alt-Mariendorf Gropiusstadt-Buckower Damm-Lichtenrade ein. Denn eine konkrete Tram, die absehbar funktionieren kann, ist besser als unrealistische Träume einer U-Bahn Verlängerung., damit der Süden des Bezirks besser angebunden wird. Schließlich unterstützen wir den Umstieg auf E-Fahrzeuge, bauen Ladepunkte aus, verbessern Park&Ride dort, wo es sinnvoll ist, und schaffen klare Lieferzonen in Geschäftsstraßen. Das entlastet Gehwege, hält Radwege frei und macht Lieferverkehr planbarer.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: GRÜNE POLITIK, DIE IM KIEZ ANKOMMT

Antragstext

Wir Bündnisgrünen zeigen: Klima, Natur und Verkehr sind keine getrennten Baustellen. Sie gehören zusammen, weil unser Alltag zusammengehört. Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz. Bäume sind Kühlung und Luftfilter. Sichere Radwege und gute Wege zu Fuß sind Klimaschutz und Schutz vor Unfällen zugleich und machen auch denen das Leben einfacher, die mit dem Auto fahren und keine Angst vor Unfällen mit Fahrrädern und Fußgänger*innen haben müssen. Und öffentliche Freiräume wie das Tempelhofer Feld sind der Ort, an dem Stadt lebenswert bleibt.

Wir Bündnisgrünen haben geliefert: mit Klimaanpassungskonzept, mit neuen Straßenbäumen, mit einem gesicherten Volkspark Lichtenrade, mit Entsiegelung und Versickerung, mit neuen Radachsen, mit über 1.000 Fahrradabstellanlagen, mit Schulwegsicherheit an neun Schulen und mit einer faireren Verteilung des Straßenraums durch Parkzonen.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren weiter machen. Wir sorgen dafür, dass der Bezirk abkühlt, statt sich aufzuheizen. Wir ordnen den Verkehr, statt Konflikte laufen zu lassen. Und wir schützen Freiräume, statt sie Stück für Stück zu verlieren. Unser Grüner Bezirk ist kein Fernziel. Er ist eine Entscheidung von den Menschen, die hier leben – jeden Tag, hier vor Ort.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: Kapitel 2 – Unser Bezirk, der alle mitnimmt

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk der Vielfalt, des Zusammenhalts und der gelebten Solidarität. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen hier sicher, selbstbestimmt und sichtbar leben können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Alter, Behinderung oder sozialem Status.

Ein gutes Leben für alle braucht wirksamen Schutz vor Gewalt, niedrigschwellige soziale und gesundheitliche Angebote sowie verlässliche Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Zentrale Voraussetzung dafür sind gute Bedingungen für Kinder und Jugendliche, ein selbstbestimmtes Leben im Alter, barrierefreie Zugänge und echte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Eine vielfältige, diskriminierungssensible Verwaltung schafft dabei Vertrauen und stellt sicher, dass Leistungen für alle zugänglich sind.

Wir Bündnisgrüne stellen uns den zunehmenden demokratiefeindlichen Tendenzen entschieden entgegen. Wir verteidigen Menschenwürde und Vielfalt gegen Hass, Ausgrenzung und rechtsextreme Hetze und stärken Zivilgesellschaft, Prävention und Erinnerungskultur. So gestalten wir Tempelhof-Schöneberg als einen Bezirk, der zusammenhält – gerecht, vielfältig und zukunftsfest.

Unsere Ziele:

- Wir verteidigen unsere Demokratie und Vielfalt entschlossen gegen Gewalt, Hass und jede Diskriminierung.
- Wir ermöglichen Teilhabe für alle und stehen für eine vielfältige und gleichberechtigte Gesellschaft.

- Wir kämpfen für soziale Sicherheit, die niemanden zurücklässt – unabhängig von Lebenslage, Alter und Einkommen.
- Wir kämpfen für bezahlbare Wohnungen und gegen Verdrängung.
- Wir stärken die gesundheitliche Prävention und bauen die Versorgung aus, weil Gesundheit eine Frage der Gerechtigkeit ist.
- Wir stellen sicher, dass Menschen in jedem Alter selbstbestimmt und würdevoll leben können.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.1 DEMOKRATIE VERTEIDIGEN -
SOLIDARISCH, ANTIFASCHISTISCH,
ENTSCHLOSSEN**

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg steht für Vielfalt, Offenheit und Solidarität. Diese Haltung ist keine Selbstverständlichkeit – sie braucht Mut. Denn auch in unserem Bezirk werden recht Ideologien, Ausgrenzung und Hass wieder lauter, rechtsextreme Straftaten, antisemitische und antimuslimische Angriffe erreichen neue Höchststände, Dem stellen wir uns weiterhin konsequent entgegen und setzen uns für eine starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein.

Wir beziehen klar Position gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Ableismus und jede Form von Diskriminierung. Alle Menschen sollen in unserem Bezirk leben können – ohne Angst vor Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Dazu hat unser Bezirksbürgermeister die bezirkliche Stelle des Beauftragten gegen Rechtsextremismus und gegen Antisemitismus gestärkt.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie will gelernt und verteidigt werden. Deshalb stärken wir Demokratiebildung und Prävention im Bezirk – in Schulen, in der Jugendarbeit und in Angeboten für Erwachsene. Wir ermutigen alle Menschen dafür einzutreten, dass die Würde des Menschen und der gegenseitige Respekt unantastbar bleiben. Unser Bezirksbürgermeister hat den bezirklichen Präventionsrat weiterentwickelt. Wir setzen auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Trägern der Prävention und den Strafverfolgungsbehörden. Wir unterstützen Schulen bei engagierter Arbeit gegen Beschwerdestelle bei Diskriminierung an Schulen ein. Das Thema geht uns alle an, auch über Generationen hinweg. So stärken wir auch Bildungsangebote für ältere Menschen als Teil einer wehrhaften Demokratie.

Auf Landesebene kämpfen wir weiter für ein Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftliches Engagement dauerhaft absichert und den Vereinen, Verbänden und Initiativen einen klaren, sicheren Rahmen gibt. Im Bezirk setzen wir das Bundesprogramm "Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!"

konsequent um. Im Jahr 2026 fördern wir so zivilgesellschaftliche Projekte zur Stärkung der Demokratie vor Ort. Der Jugendfonds wird dabei eigenständig vom Kinder- und Jugendparlament entschieden, das wir ebenfalls stärken.

Die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg, die extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk dokumentiert, und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt sind wichtige Anlaufstellen, die zunehmend von Kürzungen bedroht sind. Diese stärken wir, damit sie ihrer wichtigen Arbeit nachkommen und Opfer unterstützen können.

Erinnerung ist Verantwortung. Wir sichern und entwickeln die Erinnerungs- und Gedenkkultur im Bezirk weiter, machen Geschichte im eigenen Kiez sichtbar und arbeiten koloniale Kontinuitäten auf.

So zeigen wir klar: Tempelhof-Schöneberg steht für ein solidarisches und demokratisches Miteinander – heute und in Zukunft

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.2 QUEERES LEBEN STÄRKEN – SICHER UND SICHTBAR IM GANZEN BEZIRK**

Antragstext

Im Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz schlägt das Herz der Regenbogenhauptstadt – historisch einzigartig, Sehnsuchts- und Zufluchtsort und bis heute prägend für den Bezirk. Doch Angriffe auf queere Menschen oder das queere Mahnmal am Nollendorfplatz machen deutlich, dass queeres Leben und queere Gedenkkorte zunehmend unter Druck stehen. Für uns ist klar: Wir schützen unseren vielfältigen Bezirk.

Um queere Menschen, queere Lebensentwürfe, queere Einrichtungen und Gedenkkorte zu schützen, sichern wir die Präventionsarbeit, verlässliche Unterstützung für Betroffene sowie starke Schutz- und Beratungsstrukturen. Rund um den Regenbogenkiez bauen wir niedrigschwellige soziale Kiezprojekte wie die Nachtlichter aus, stärken die Arbeit des bezirklichen Präventionsbeauftragten und arbeiten eng mit Initiativen, Gastronom*innen und Anwohnenden zusammen. Denn Sicherheit entsteht dort, wo Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir wollen mit Projekten wie dem „Nachtbürgermeister“, „Noteingänge“, „Nachtcafé“ und „Notrufsäule“ dafür sorgen, dass den Menschen vor Ort geholfen wird. Den Einsatz der mobilen Nachtlichter als Ansprechpersonen im öffentlichen Raum wollen wir verstetigen und die Zusammenarbeit mit MANEO und der Gastronomie vor Ort absichern und ausbauen.

Unser Bezirksbürgermeister und unsere Stadträtin haben dafür gesorgt, dass queeres Leben im Schöneberger Norden so sichtbar wie nie zuvor geworden ist: die Aufstellung von Regenbogenbänken, Parkscheinautomaten mit der Pride Flag und Pride Flags im Pride Months in der Motzstraße sind nur einige Beispiele dafür. Wir haben außerdem den Preis für queere Lebensweisen ins Leben gerufen.

Queeres Leben braucht aber auch Orte der Begegnung und Unterstützung. Bildungs- und Beratungsangebote, die Arbeit mit queeren Jugendlichen und die Beratung von Regenbogenfamilien geben Halt in ganz unterschiedlichen Lebenslagen. Daher setzen wir uns für ein weiteres queeres Jugendzentrum ein. Den Regenbogenkiez entwickeln wir weiter als Wirtschafts-, Kultur- und Communitystandort – offen, vielfältig und einladend für alle. Seit mittlerweile drei Jahren ist Tempelhof-Schöneberg mit einem eigenen

Wagen beim Christopher Street Day vertreten. Das zeigt: Vielfalt, Sichtbarkeit und queeres Leben gehören selbstverständlich zu unserem Bezirk.

Auch queere Einrichtungen sind zunehmend von Gentrifizierung und Verdrängung bedroht. Die Schließung des Café Berio ist dafür ein besonders trauriges Beispiel. Wir werden uns weiterhin mit allen politischen Mitteln für die Sicherung queerer Orte einsetzen.

Queere Geschichte ist fester Bestandteil unseres Bezirks. Gemeinsam mit Initiativen aus der Community sichern, pflegen und erweitern wir queere Gedenkort und verankern queere Erinnerungskultur nachhaltig in Tempelhof-Schöneberg.

Lesbische Sichtbarkeit stärken wir im gesamten Bezirk weiter. Auch der Regenbogenkiez ist männlich geprägt. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren dafür Sorge tragen, dass es neben der BEGINE einen weiteren Frauen- und Lesbentreffpunkt geben wird. Das Café „Romeo und Romeo“ ist eine Selbstverständlichkeit, das wir mit großer Zuneigung unterstützen. Daneben muss aber ein Restaurant oder Treffpunkt „Julia und Julia“ Wirklichkeit werden. Es darf nicht sein, dass Frauen sich ins Private zurückziehen. Sie haben den gleichen öffentlichen berechtigten Anspruch wie schwule Männer.

Queere Lebensrealitäten verändern sich mit dem Alter – deshalb sichern und fördern wir Orte und Veranstaltungen für Lesben in jedem Alter. Mit Angeboten für Teilhabe, Austausch zwischen den Generationen und Begegnung im Kiez wirken wir Einsamkeit älterer queerer Menschen entgegen.

Mit Fortbildungen und der Weiterentwicklung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) wird eine queer-sensible Verwaltung im Bezirk spürbar.

So schaffen wir ein Tempelhof-Schöneberg, in dem queere Menschen sichtbar und ohne Angst leben können.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.3 GLEICHSTELLUNG LEBEN – SCHUTZ UND SELBSTBESTIMMUNG FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN**

Antragstext

Der Alltag von Frauen in Tempelhof-Schöneberg ist vielfältig. Feministische Bezirkspolitik heißt für uns, Tempelhof-Schöneberg so zu gestalten, dass Frauen hier selbstbestimmt leben können – frei von Gewalt, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung. Dafür arbeiten im Bezirk engagierte Beratungsstellen, Initiativen und die bezirkliche Gleichstellungsarbeit eng zusammen.

Ein zentrales Anliegen bleibt der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die bestehenden Angebote im Gewaltschutz verlässlich zu stärken und konsequent weiterzuentwickeln.

Wir stärken bezirkliche Einrichtungen wie die Frauenberatung TARA für gewaltbetroffenen Frauen und das interkulturelle Frauenzentrum S.U.S.I. für Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung. Sie leisten unverzichtbare Arbeit für Schutz, Beratung und Selbstbestimmung von Frauen. Wir setzen uns zusätzlich für Präventionsprogramme ein, in denen Kinder und Jugendliche altersgerecht erlernen, unterschiedliche Formen von Gewalt nicht zu normalisieren, und ermutigt werden, Hilfe und Rat einzuholen. Wir wollen ihre Angebote sichern, stärken und weiter ausbauen – damit Tempelhof-Schöneberg ein Bezirk bleibt, in dem Frauen Unterstützung finden, ihre Rechte wahrnehmen können und Solidarität konkret erlebbar ist.

Dazu gehört, mehr Plätze in Frauenhäusern und Schutzwohnungen zu schaffen und Prävention dort auszubauen, wo sie Frauen konkret erreicht. Mit einem bezirklichen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sorgen wir dafür, dass Schutz, Beratung und Prävention besser ineinandergreifen und Frauen schneller und wirksamer unterstützt werden.

Auch für Sexarbeitende kämpfen wir für Schutz, bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Unterstützung.

Beratung, Gesundheitsvorsorge und aufsuchende Sozialarbeit sind dabei zentrale Bausteine. Die Maßnahmen des "Runden Tisch Sexarbeit" müssen mit Unterstützung der Landesebene weiter umgesetzt werden. Vor allem trans Sexarbeitende sind einem erhöhten Risiko von Gewalt ausgesetzt. Wir setzen uns daher weiter für die Einrichtung eines sozialen Nachtcafés, eine bessere Straßenbeleuchtung sowie ausreichend sanitäre Angebote ein, um die Situation rund um die Kurfürstenstraße für Sexarbeitende und Anwohnende spürbar zu verbessern und Konflikte im Alltag zu entschärfen.

Frauen tragen noch immer den größten Teil der Fürsorgearbeit in Familien – viele von ihnen als Alleinerziehende sogar ganz alleine. Mit dem Ausbau der bezirklichen Angebote für Alleinerziehende sorgen wir dafür, dass sie echte Unterstützung finden angesichts der täglichen Belastung, wie sie Erwerbs- und Fürsorgearbeit vereinbaren können .

Gleichzeitig wissen wir, dass Armut, unsichere Lebenslagen und Wohnungslosigkeit Frauen besonders hart treffen. Frauen in der Obdachlosigkeit bleiben dabei oft unsichtbar. Wir nehmen sie gezielt in den Blick, stärken präventive Ansätze und entwickeln Unterstützungsangebote weiter, die im Alltag ankommen und Frauen frühzeitig Stabilität geben. Dazu bauen wir auch die Angebote des Bezirksamtes zur finanziellen Bildung von Frauen weiter aus, die im Frauenmärz begeistert angenommen wurden und die Frauen bei der Sicherung ihrer finanziellen Unabhängigkeit unterstützen.

Ein gutes Leben braucht gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit, Bildung und Beratung. Wir bauen Beratungsangebote aus und fördern niedrigschwellige Bildungsangebote und setzen neue Impulse bei der Frauengesundheit, an der Volkshochschule und in spezialisierten Beratungsstellen. Auch die Arbeit der Stadtteilmütter gehört zu den tragenden Säulen einer feministischen Infrastruktur, die wir verlässlich weiterentwickeln.

Unsere feministische Bezirkspolitik hat Mädchen und Frauen in Tempelhof-Schöneberg in jeder Lebenslage und in jedem Alter im Blick. Wir orientieren uns an einem intersektionalen Ansatz, der Frauen mit verschiedenen Diskriminierungserfahrungen in den Blick nimmt. Von der Förderung von Mädchen und jungen Frauen mit bewährten Formaten wie dem Girls Day und dem Weltmädchentag, die Mut machen und Perspektiven eröffnen. Bis hin zu Maßnahmen gegen Einsamkeit, die speziell an den Bedürfnissen älterer Frauen ausgerichtet sind.

Wir unterstützen gezielt Frauen auf dem Weg in die Selbstständigkeit und setzen uns für eine gleichberechtigte Wirtschaftsförderung ein. Zugleich gestalten wir den öffentlichen Raum so, dass Frauen sich darin wiederfinden und ihn selbstverständlich nutzen können – sichtbar in Straßennamen, geschützt etwa durch eigene Schwimmzeiten für Frauen.

Für ein selbstbestimmtes und sicheres Leben für alle Frauen in Tempelhof-Schöneberg.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.4 TEILHABE ERMÖGLICHEN - ANKOMMEN,
MITGESTALTEN UND GEHÖRTWERDEN**

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk, in dem viele Menschen neu ankommen und ihr Leben neu aufbauen. Migration und Vielfalt gehören zum Bezirk – den Kiezen, Schulen, Vereinen und Betrieben. Entscheidend ist Teilhabe ist, wenn alle Menschen hier mitreden und Perspektiven entwickeln können.

Für uns ist klar: Menschenwürde und Menschenrechte gelten für alle. Damit Teilhabe gelingt, sichern und stärken wir Erstorientierung, soziale Beratung und niedrigschwellige Anlaufstellen für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Diese Angebote sind mehrsprachig, wohnortnah und nah an den Lebensrealitäten der Menschen.

Um die Orientierung in der ersten Zeit nach der Ankunft zu erleichtern, verbessern wir die Erreichbarkeit und Bekanntheit bestehender Beratungsstellen. Wir stärken die bezirkliche Beratung durch Menschen mit eigener Migrationsgeschichte.

Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe. Und auch wenn zahlreiche Organisationen und Vereine im Bezirk mit kostenlosen Deutschkursen niedrigschwellige Zugänge ermöglichen, muss die Finanzierung von Sprachkursen auf allen Niveaus nachhaltig gesichert werden.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen von Anfang an faire Bildungschancen, daher setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Kinder schnellstmöglich eingeschult werden. Wir wollen eine schnelle Einschulung und einen möglichst frühen Wechsel von Willkommens- in Regelklassen. Schulen die trennen anstatt zu verbinden, wie die Container-Schule am Tempelhofer Damm, müssen aufgelöst werden.

Teilhabe bedeutet auch berufliche Perspektiven. Wir verbessern berufliche Chancen für Geflüchtete, indem wir Projekte zur Qualifizierung und zum Übergang in den Beruf fördern und Kooperationen mit der Wirtschaft

stärken. Besonders wichtig sind dabei lokale Unternehmensnetzwerke.

Ein starkes Fundament für Teilhabe bildet die Zivilgesellschaft. Ehrenamtliches Engagement – etwa durch Lesepatenschaften mit Geflüchteten oder Patenschaften für gegenseitigen Kulturaustausch – schafft Begegnung und Vertrauen. Orte wie das Interkulturelle Haus ermöglichen Beratung, Bildung und Austausch und stellen dafür bereits heute kostenfrei Räume und Infrastruktur zur Verfügung. Räume sind leider knapp- wir kümmern uns darum, dass bezirkliche Gebäude vielfältig genutzt werden können.

Wir unterstützen soziale Projekte für Geflüchtete – etwa Gemeinschaftsgärten, Sport- und Bewegungsangebote für jugendliche Geflüchtete oder andere soziale Projekte, die Begegnung ermöglichen und Stabilität im Alltag schaffen.

Bei der Unterbringung setzen wir auf dezentrale Lösungen statt Massenunterkünften. Geflüchtete sollen bei der Wohnungssuche unterstützt werden, Notunterkünfte für Wohnungslose müssen endlich auf Qualitätsstandards verpflichtet und weiterentwickelt werden. Wir wollen, die sauber sind, in der alle ausreichend Platz haben und in denen es sozialarbeiterische Unterstützungsangebote gibt. Der flächendeckend installierte WLAN-Ausbau in Gemeinschaftsunterkünften verbessert den Zugang zu Information, Bildung und Kontakt.

Der Bedarf an medizinischer und psychosozialer Versorgung ist hoch. Überfüllte Praxen und drohende Kürzungen verschärfen die Lage. Deshalb soll in der Geflüchtetenunterkunft im ehemaligen Flughafen Tempelhof ein sogenannter Medipoint eingerichtet und so die psychosoziale Versorgung Geflüchteter gestärkt werden.

Eine Bezahlkarte für Asylbewerberleistungen in Tempelhof-Schöneberg lehnen wir ab.

Partizipation schafft Zusammenhalt – und aus Tempelhof-Schöneberg einen Bezirk, in dem alle dazugehören und die Zukunft miteinander gestalten.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.5 SELBSTBESTIMMT LEBEN – BARRIEREN
ABBAUEN, TEILHABE SICHERN**

Antragstext

Inklusion zeigt sich im Alltag: ob ein Kind auf dem Spielplatz mitspielen kann, ob der Schulweg barrierefrei ist, ob ein Amtstermin verständlich abläuft. In Tempelhof-Schöneberg gestalten schaffen wir einen Bezirk, in dem Menschen mit Behinderungen ihr Leben selbstbestimmt führen können.

Dazu gehört selbstbestimmtes Wohnen. Wir unterstützen den Ausbau eigenständiger Wohnformen für Menschen mit Behinderung und setzen das Bundesteilhabegesetz im Bezirk konsequent um. Wir sehen das geplante "Haus der Teilhabe" – als zentralen Baustein: ein leicht zugänglicher, sichtbarer Ort als feste Ansprechstelle für Beratung, Vernetzung und Unterstützung gerade auch für junge Menschen mit Behinderung.

Damit Teilhabe nicht an Formularen scheitert, setzen wir auf Bürokratieabbau, klare Zuständigkeiten und Leichte Sprache in der Verwaltung.

Auch der öffentliche Raum muss für alle nutzbar sein. Wir bauen Barrieren ab – an Baustellen, im ÖPNV und in öffentlichen Gebäuden. Abgesenkte Bordsteine, Blindenleitsysteme und verlängerte Ampelphasen sorgen dafür, dass Wege sicher und barriereärmer werden.

Für Kinder heißt Inklusion: gemeinsam spielen und lernen. Deshalb schaffen wir mehr inklusive Spielplätze und bauen bestehende entsprechend um. Schulen entwickeln wir als inklusive Bildungsorte weiter – mit barrierefreien Gebäuden, Hörschleifen, Leitsystemen und der Stärkung von Lehrkräften. Die Finanzierung von Fahrdiensten für Schüler*innen mit Behinderungen setzen wir fort, damit Teilhabe nicht am Schulweg scheitert.

Mit dem Grünen Bezirksbürgermeister als Schirmherr des bewährten Fachgesprächs „Irre gut wohnen für

alle“ setzen wir uns für ein Tempelhof-Schöneberg ein, das für alle zugänglich, lebenswert und gerecht ist.
Für ein Tempelhof-Schöneberg, das für alle zugänglich, lebenswert und gerecht ist.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.6 GUTE SOZIALPOLITIK FÜR EIN GUTES
LEBEN IN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG**

Antragstext

Ein gutes Leben in Tempelhof-Schöneberg braucht eine verlässliche und unterstützende Sozialpolitik. Viele Menschen stehen vor Herausforderungen durch steigende Mieten, Armut, Einsamkeit im Alter oder eine plötzlich auftretende Pflegesituation. Der soziale Kahlschlag des schwarz-roten Senats ist auch in unserem Bezirk deutlich spürbar. Deshalb übernehmen wir Verantwortung und gestalten soziale Sicherheit aktiv.

Ein starkes Sozialamt ist dafür zentral. Dem eklatanten Personalmangel begegnen wir mit konsequenter Personalgewinnung und -entwicklung, dem Ausbau von Fort- und Weiterbildungsprogrammen sowie gestärkten Quereinsteiger*innen-Programmen. Wir bauen Bürokratie ab, gestalten Verfahren verständlicher und verbessern den Zugang zu Informationen. Mit aufsuchender, serviceorientierter Beratung sorgen wir dafür, dass Unterstützung im Alltag ankommt. Besonders berücksichtigen wir die Bedürfnisse von Menschen mit geringer Lese- und Schreibsicherheit– durch Beteiligung an Alpha-Bündnissen und Amtsschreiben in leichter Sprache.

Für mehr Chancengerechtigkeit stärken wir Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere aus benachteiligten Gruppen. Wichtige Themen sind dabei finanzielle Absicherung, Wohnungssuche und Orientierung über bestehende Hilfsangebote. Wir vereinfachen wir den Zugang zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT), bewerben diese aktiv durch Mitarbeitende und stellen mehrsprachiges Infomaterial in Stadtteilzentren und Geflüchtetenunterkünften bereit.

Um Obdachlosigkeit strukturell zu lösen, setzen wir auf mehr Unterstützungsangebote, 24-Stunden-Unterkünfte, den Ausbau von Housing-First-Ansätzen, barrierefreie Plätze sowie einen verbesserten Hitze- und Kälteschutz .

Zum guten Leben gehört auch, dass Fürsorgearbeit nicht überfordert. Pflege ist für viele Familien Teil des

Alltags. Wir setzen uns gezielt für die Entlastung pflegender Angehöriger ein. Wir bauen einen Pflegestützpunkt im Süden des Bezirks, etwa in Lichtenrade, auf und stärken gut erreichbare und verständliche Beratungsangebote. Mit einer integrierten, leicht nutzbaren Informationsplattform schaffen wir Orientierung und leichtere Zugänge.

Soziale Sicherheit entsteht im Miteinander im Kiez. Doch steigende Mieten gefährden zunehmend die Arbeit sozialer Träger. Wir setzen uns dafür ein, dass landeseigene Immobilien sozialen Trägern Vorrang bei der Vermietung einräumen. Dem sozialen Kahlschlag des schwarz-roten Senats setzen wir im Bezirk eine soziale Ausrichtung entgegen. Soziale Leistungen und Angebote gehen vor– auch in finanziell angespannten Zeiten.

So ermöglichen wir ein gutes Leben für alle und ein solidarisches Miteinander – für einen Bezirk, der niemanden zurücklässt.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: 2.7 BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE

Antragstext

Wohnen ist ein Grundrecht – doch in Tempelhof-Schöneberg wird es für immer mehr Menschen zum Luxus. Steigende Mieten, Verdrängung und Leerstand prägen unseren Bezirk. Wir Grüne kämpfen für ein Tempelhof-Schöneberg, in dem alle ein sicheres und bezahlbares Zuhause finden. Dafür braucht es starke Regeln, mutige Entscheidungen und eine Verwaltung, die konsequent für die Menschen im Bezirk arbeitet. In Tempelhof-Schöneberg werden die Mieten immer weiter erhöht – besonders in beliebten Kiezen wie rund um den Viktoria-Luise-Platz, den Nollendorfplatz oder in Friedenau. Doch während große Wohnungsunternehmen Rekordgewinne einfahren, kämpfen Mieter*innen um ihre Existenz. Wir Grüne sagen: Das darf nicht sein. Wir fordern ein bezirkliches Mietmonitoring, das Transparenz schafft und überhöhte Mieten sichtbar macht. Wo Vermieter*innen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz verstoßen, das wir auf Landesebene umsetzen werden, müssen harte Konsequenzen folgen – bis hin zur Zwangsverwaltung von Wohnungen.

Doch Kontrolle allein reicht nicht. Wir wollen eine bezirkliche Mietpreisprüfstelle einrichten, die Mieter*innen bei Wuchermieten unterstützt. Unser Ziel ist es, Klagen gegen Wuchermieten zu unterstützen, um eine klare Rechtsprechung und besser Handhabe für die Verwaltung voranzubringen. Sobald der von uns geforderte Mietendeckel auf Bundesebene umgesetzt wird, sind wir so startbereit, seine Einhaltung zu überprüfen. Kostenlose Beratungsangebote sollen flächendeckend ausgebaut werden, damit Betroffene ihre Rechte kennen und durchsetzen können. Besonders vulnerable Gruppen – wie Alleinerziehende, Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen – brauchen besonderen Schutz. Wir setzen uns dafür ein, dass sie bei Eigenbedarfskündigungen im Notfall bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen prioritär Ersatzwohnraum erhalten.

Während tausende Menschen in Tempelhof-Schöneberg verzweifelt nach einer Wohnung suchen, stehen Häuser monatelang leer – sei es aus Spekulation oder weil sie als Ferienwohnungen vermietet werden. Wir wollen Leerstand konsequent ahnden: Wer Wohnraum länger als sechs Monate leer stehen lässt, muss mit Zwangsverwaltung rechnen. Gleichzeitig stärken wir das Zweckentfremdungsverbot: Wohnraum darf nicht

länger als Ferienwohnungen genutzt werden, und wer dagegen verstößt, soll hohe Bußgelder zahlen. Doch nicht nur Wohnungen stehen leer – auch Büros und Gewerberäume. Wir wollen Pilotprojekte starten, um diese Potenziale zu nutzen – ohne neue Flächen zu versiegeln. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass leerstehende Ladenlokale an soziale Träger, Kulturinitiativen oder Nachbarschaftsprojekte vermietet werden – zu fairen Konditionen.

Beim Neubau und bei Nachverdichtung sichern wir bezahlbaren Wohnraum durch soziale Wohnungsbauquoten nach dem Berliner Modell sowie zusätzlichen mietgebundenen Wohnraum für Menschen ohne Wohnberechtigungsschein. Doch Neubau allein löst das Problem nicht: Wir brauchen mehr genossenschaftlichen Wohnraum, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Wir werden prüfen, ob der Bezirk im Rahmen von Modellprojekten Genossenschaften gezielt fördern kann, durch günstige Grundstücke, vereinfachte Genehmigungsverfahren und finanzielle Unterstützung für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen.

Doch auch bei bestehenden Wohnungen müssen wir handeln. Besonders in Milieuschutzgebieten wie dem Bayerischen Viertel oder rund um den Viktoriapark muss Verdrängung gestoppt werden. Dazu werden wir Personal aufstocken, um Umwandlungen und illegale Eigenbedarfskündigungen zu kontrollieren. Gleichzeitig unterstützen wir Wohnungstausch-Modelle, um Fehlbelegungen zu vermeiden und Menschen mit für ihre jeweilige Lebenssituation passendem Wohnraum zu versorgen. Dabei wollen wir vor allem prüfen, inwieweit generationsübergreifende Modelle auch sozial begleitet werden können, um so neue Gemeinschaften zu entwickeln.

Wir unterstützen die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen in Tempelhof-Schöneberg und Berlin und fordern die Umsetzung des Volksentscheids von 2021.

Bezahlbares Wohnen ist mehr als nur vier Wände – es bedeutet auch, in einem lebendigen Kiez zu leben, mit guter Infrastruktur, Grünflächen und sozialen Treffpunkten. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubauprojekten von Anfang an Kitas, Schulen, Kulturorte und Grünflächen mitgeplant werden. Besonders in schnell wachsenden Gebieten wie dem Südkreuz oder rund um den Tempelhofer Hafen muss die soziale Infrastruktur Schritt halten.

Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Tempelhof-Schöneberg, in dem niemand aus seinem Zuhause verdrängt wird, in dem Mieten bezahlbar sind und Kieze lebendig. Gemeinsam können wir unseren Bezirk gerechter, grüner und sozialer gestalten – für ein Zuhause für alle.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.8 GESUNDHEIT FÜR ALLE – GERECHT,
PRÄVENTIV, SOLIDARISCH**

Antragstext

Gesundheit beginnt da, wo Menschen sich aufhalten: im Kiez, auf dem Schulhof und im Schatten von Bäumen. Saubere Luft, Stadtnatur und gutes Essen bilden die Grundlage für ein gesundes Leben. Deshalb gestalten wir Gesundheitsangebote sozial und gerecht, von der Prävention bis zur Versorgung vor Ort.

Ein leistungsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst ist dafür unverzichtbar. Wir setzen uns dafür ein, seine Strukturen weiterzuentwickeln, bewährte Angebote zu sichern und gezielt zu stärken – insbesondere im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst.

Gesundheit muss für alle erreichbar sein – deshalb fördern wir Gesundheitsangebote insbesondere für Menschen ohne Krankenversicherung und für Menschen in prekären Lebenslagen.

Psychische Erkrankungen werden zu oft übersehen – mit schweren Folgen. Deshalb stärken wir die psychosoziale Prävention und Versorgung unserer Träger der Gemeindepsychiatrie als tragende Säulen im Bezirk. Verlässliche Kontakt- und Beratungsstellen mit auskömmlicher Finanzierung geben Halt – ebenso wie Beratungsangebote für Angehörige psychisch erkrankter Menschen.

Wissen ist ein wichtiges Fundament für eine starke Gesundheit. Deshalb bauen wir Gesundheitsbildung und Gesundheitskompetenz systematisch aus – zu Ernährung, Bewegung, psychischer Gesundheit und Suchtprävention, ergänzt durch digitale Gesundheitskompetenz.

Für gute Gesundheit von Anfang an fördern wir Gesundheitswissen in Kitas, Schulen und Jugendzentren. Wir nehmen Stoffwechselerkrankungen, Zahngesundheit und Diabetes gezielt in den Blick, verankern Präventionsangebote fest in Kitas und Schulen und stärken die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt, Einrichtungen und Eltern.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Hitze, Lärm und schlechte Luft machen krank – besonders Menschen mit wenig Rückzugsräumen und geringem Einkommen können sich nur schwer schützen. Deshalb entwickeln wir eine bezirkliche Hitze- und Kälteschutzstrategie, fördern Lärmschutz und Luftreinheit und denken Gesundheit bei der Gestaltung des öffentlichen Raums konsequent mit. Wir werden Grünflächen erhalten und ausbauen, mehr Bäume pflanzen und das Tempelhofer Feld als Erholungsort und Kaltluftschneise erhalten.

Wir unterstützen integrierte Gesundheitsangebote, in denen medizinische Versorgung, Sozialberatung und Therapie Hand in Hand gehen. Daher setzen wir uns nachdrücklich für ein integriertes Gesundheitszentrum im ehemaligen – heute zu großen Teilen leerstehenden - Wenckebach-Klinikum ein. Gesundheitsangebote müssen für alle verfügbar sein. Das gilt besonders für die geflüchteten Menschen, die im ehemaligen Flughafen Tempelhof untergebracht sind. Hier kämpfen wir für einen sogenannten Akut-Medipoint, bis die Gesundheitskarte den Zugang zur Regelversorgung ermöglicht.

Mit Prävention statt Wegschauen, mit starken öffentlichen Strukturen statt Kürzungen und mit einer Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt, kämpfen wir für Gesundheit und gute Lebensbedingungen in Tempelhof-Schöneberg.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.9 SUCHTHILFE UND AUFKLÄRUNG –
UNTERSTÜTZUNG STATT AUSGRENZUNG**

Antragstext

Auch in Tempelhof-Schöneberg ist Drogensucht in manchen Kiezen alltäglich sichtbar. Dennoch fehlen gut erreichbare Hilfsangebote. Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt, nehmen individuelle Lebenslagen ernst und setzen auf akzeptierende Hilfen.

Daher setzen wir uns für den Erhalt von Beratungsangeboten und des Berliner Krisendienstes ein. Wir wollen einen Drogenkonsumraum in Schöneberg schaffen und beziehen bei der Planung frühzeitig die Anwohnenden ein. Ergänzend soll das Drogenmobil des Berliner Senats wieder in unseren Kiezen halten und niedrigschwellige Unterstützung dort anbieten, wo feste Angebote fehlen.

Präventionsangebote und Suchthilfe stärken wir, insbesondere durch aufsuchende Angebote und einer engen Zusammenarbeit mit weiterführenden Schulen. Wir wollen junge Menschen frühzeitig erreichen und sie auch zu den Gefahren von Alkohol, Nikotin und Mediensucht umfassend beraten.

Abhängigkeitserkrankungen, psychische Erkrankungen und Wohnungslosigkeit sind oft eng miteinander verknüpft. Mit Housing First und dem Ausbau aufsuchender Sozialarbeit werden sowohl schnelle als auch nachhaltige Lösungen geschaffen.

Indem wir Prävention, Beratung und akzeptierende Hilfsangebote gemeinsam weiterentwickeln und Anwohnende aktiv einbeziehen, leben wir gesünder, sicherer und solidarischer in unserem Bezirk. Wir grenzen nicht aus, wir unterstützen und stärken.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **2.10 EIN GUTES LEBEN IN JEDEM ALTER –
TEILHABE UND UNTERSTÜTZUNG SICHERN**

Antragstext

Ein langes Leben mit Respekt und Eigenständigkeit, das wünschen sich alle. In Tempelhof-Schöneberg sorgen wir dafür, dass Menschen auch im höheren Alter gut unterstützt, sichtbar und eingebunden bleiben.

Wichtige Anker im Kiez sind die Freizeitstätten 60+. An den Erfolg eines vielfältigeren Programms knüpfen wir an: Wir erhalten die Freizeitstätten 60+, entwickeln ihre Angebote weiter, modernisieren die Ausstattung Schritt für Schritt und sorgen dafür, dass sie besser sichtbar und leichter zugänglich werden. Ganz konkrete Verbesserungen wirken im Alltag: im Nachbarschaftstreffpunkt Huzur für ältere Menschen mit Migrationshintergrund kann die erneuerte Küche genutzt werden und dank Hitzeschutz noch angenehmer.

Auch digitale Teilhabe gehört heute für Senior*innen dazu. Die WLAN-Ausstattung in den Freizeitstätten 60+ wurde bereits verbessert und soll weiter ausgebaut werden – ebenso in Gesundheitszentren, Senior*innenclubs und stationären Pflegeeinrichtungen.

Angebote wie die Berliner Hausbesuche sind ein wichtiges Instrument, um Einsamkeit im Alter vorzubeugen und Senior*innen zu unterstützen – wir wollen sie ausbauen und stärken. Sich unterhalten oder zwischendurch ausruhen, mit den neuen Bänken im Kiez geht das wieder besser und wir wollen noch mehr.

Besonders wichtig sind uns generationenübergreifende Angebote. Wenn Jung und Alt sich begegnen, gemeinsam aktiv sind oder voneinander lernen, entsteht Nähe statt Einsamkeit. Deshalb fördern wir solche Projekte, öffnen Freizeitstätten 60+ für andere Generationen und stärken gemeinsame Bewegungs- und Begegnungsangebote.

So entsteht ein starker Zusammenhalt zwischen den Generationen – im Kiez und in ganz Tempelhof-Schöneberg.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: Kapitel 3 - Unser Bezirk, der funktioniert

Antragstext

Für ein gutes Leben und Wohlstand muss unsere Wirtschaft leistungsfähig und nachhaltig sein. Dazu gehört ein stabiles Wachstum ohne ökologische und soziale Ausbeutung. Die Grundlage dafür ist ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen. Mit innovativen Unternehmensnetzwerken, fairem Handel und der Förderung erneuerbarer Energien machen wir unseren Bezirk wirtschaftlich stark und krisenfest. Unsere Verwaltung wollen wir digitaler gestalten und den Einsatz künstlicher Intelligenz ausbauen, damit Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger besser und schneller erbracht werden können. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen durch das Land Berlin.

Unsere Ziele:

- Wir machen Tempelhof-Schöneberg wirtschaftlich stark, nachhaltig und krisenfest.
- Wir stehen für eine nachhaltig denkende Wirtschaftsförderung, die Unternehmen vernetzt und erneuerbare Energien fördert.
- Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und neue Quartiere mit vielfältiger Nachbarschaft und kurzen Wegen.
- Wir stellen den Bezirk finanziell und personell gut auf und machen ihn handlungsfähiger.
- Wir gestalten eine moderne und digitale Verwaltung mit schnellerem und besserem Service für alle

Bürger*innen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.1 WIRTSCHAFT UND HANDEL IM BEZIRK
NACHHALTIG WEITERENTWICKELN**

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg ist ein attraktiver Standort für viele Unternehmen. Die hohe Branchenvielfalt spricht für sich. Doch die lokale Wirtschaft steht vor Herausforderungen: Energiepreise steigen, Ressourcen werden knapper und der Kostendruck ist für alle spürbar. Mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sichern wir die Zukunft. Für uns Bündnisgrüne heißt das, dass wir Ressourcen verantwortungsvoll nutzen: sozial und ökologisch.

Wir verbessern die Aufenthaltsqualität der Großen Einkaufsstraßen wie dem Tempelhofer Damm und der Hauptstraße mit Verkehrsberuhigung und mehr Grün und stärken so den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie. Wir stärken die Wochenmärkte im Bezirk und werden in Tempelhof einen neuen Wochenmarkt einrichten.

Wie Pakete und Waren auf der „letzten Meile“ ohne Abgase und ohne die Straßen zu verstopfen zu den Empfänger*innen gebracht werden können, macht der Microhub am Tempelhofer Damm vor. Das ist ein kleiner Umschlagpunkt, mit emissionsfreien Fahrzeugen wie klimafreundlichen Lastenrädern. Mit uns werden solche emissionsfreien Wege verstärkt ausgebaut. Ein neuer Standort am Innsbrucker Platz mit einer Jelbi-Station ist schon geplant.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.2 EINE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, DIE
KLIMAORIENTIERT DENKT UND VERNETZT**

Antragstext

Die Wirtschaftsförderung im Bezirk setzt auf die gemeinsamen Interessen Aller im Bezirk. Wir machen kleine und mittlere Betriebe sichtbar und bringen sie für innovative Projekte zusammen – etwa durch regelmäßige Unternehmer*innenfrühstücke, Standortkonferenzen und gezielte Unternehmensbesuche.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung arbeitet seit langem eng mit den drei großen Unternehmensnetzwerken am Südkreuz, in der Großbeerenstraße und in der Motzener Straße zusammen. Ein neues Unternehmensnetzwerk am Teltowkanal wollen wir aktiv unterstützen und mit dem Unternehmensnetzwerk Lichtenrade die Kooperation festigen. Wir wollen das Unternehmerinnennetzwerk Tempelhof-Schöneberg weiter stärken.

In den letzten Jahren haben wir erfolgreich Projekte unterstützt, die Klimaschutz und Erneuerbare Energien vorantreiben: So ist aus der Zusammenarbeit mit dem Unternehmensnetzwerk Motzener Straße das „Grüne Kraftwerk“ entstanden, mit dem Firmen im Industriegebiet umweltfreundlich Strom und Wärme erzeugen. Dieses Projekt fand weit über den Bezirk hinaus Anerkennung. Mit der bezirklichen Nachhaltigkeits-Charta „Grüner Hirsch“, die wir als erste in Berlin etabliert haben, verpflichten sich die unterzeichnenden Unternehmen und Akteur*innen freiwillig, nachhaltige Prinzipien in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit umzusetzen.

A25

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.3 DIE INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT
ERHÖHEN**

Antragstext

Geflüchtete Menschen haben es auf unserem Arbeitsmarkt schwer, weil Sprachbarrieren, lange Anerkennungsprozesse für Abschlüsse oder bürokratische Hürden den Einstieg erschweren. Weil eine gelungene Integration uns Grünen am Herzen liegt, hat unser Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann 2025 den ersten Fachtag zur Arbeitsmarktintegration ins Leben gerufen. Ziel ist es, dass geflüchtete Menschen sich mit ihren beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen einbringen können und bessere Chancen auf Teilhabe erhalten. Dies stärkt gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg. Auch künftig soll dieser Fachtag regelmäßig stattfinden und die Integration geflüchteter Menschen in den lokalen Arbeitsmarkt ausgebaut werden.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.4 FAIREN HANDEL UND ERNEUERBARE
ENERGIEN FÖRDERN**

Antragstext

Fairer Handel gehört zu einer sozialen Wirtschaft dazu - das ist für uns selbstverständlich und für den Bezirk eine Erfolgsgeschichte. 2024 wurde Tempelhof-Schöneberg erneut als „Fairtrade Town“ ausgezeichnet. Das internationale fairtrade-Netzwerk engagiert sich für nachhaltige Produktion und faire Entlohnung. Klar ist auch: Kinderarbeit, Ausbeutung und Raubbau an der Natur werden entschieden abgelehnt. Die Initiative für diese Bewerbung liegt nun über 10 Jahre zurück und geht auf uns Bündnisgrüne zurück. Nicht nur die Bezirksverwaltung, sondern auch viele Unternehmen, Vereine, Schulen oder Kirchengemeinden beteiligen sich seitdem aktiv daran. Diese achten darauf, dass erworbene Produkte fair gehandelt und nachhaltig produziert wurden. Unter Grüner Verantwortung werden wir dieses Engagement erfolgreich fortsetzen.

Mit dem Green Buddy Award machen wir Innovationen für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften sichtbar und stärken den Wettbewerb um die besten Ideen. Der Preis wird gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus der Wirtschaft vergeben und umfasst inzwischen sechs Kategorien. Unser Bezirksbürgermeister hat dabei mit der neuen Kategorie „Erneuerbare Energien“ einen zusätzlichen Schwerpunkt gesetzt. Durch den begleitenden „Partnering Event“ bringen wir fünf Berliner Hochschulen, Unternehmen, Initiativen und Verwaltung zusammen, fördern Kooperationen und sorgen dafür, dass gute Ideen dauerhaft Wirkung entfalten.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: 3.5 GUTE ARBEIT

Antragstext

Viele Arbeitnehmer*innen stehen bei Fragen zu Lohn, Arbeitsbedingungen oder Kündigungen ohne ausreichende Unterstützung da. Deshalb wurde 2026 das Modellprojekt „Gute Arbeit in Tempelhof-Schöneberg – Beratung und Training für Deine Rechte im Job“ gestartet. Es bietet eine kostenlose, niedrigschwellige Arbeitsrechtsberatung – mit mobilen Sprechstunden in Sozialräumen und Workshops zur arbeitsrechtlichen Grundbildung. Gemeinsam mit Gewerkschaften stärken wir so insbesondere prekär Beschäftigte und Auszubildende. Denn gute Arbeit braucht faire Bezahlung, Tarifbindung und starke Sozialpartner. Das Angebot wollen wir ausbauen und dauerhaft Strukturen schaffen, die Beschäftigte im Bezirk wirksam bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen.

Unternehmen spielen eine Rolle dabei, bei der gerechten Aufteilung von Care-Arbeit zu unterstützen. Care-Arbeit ist keine Aufgabe von Frauen allein, sondern muss auch von Männern mitgedacht und mitübernommen werden. Wir wollen, dass es in Unternehmen selbstverständlicher wird, dass Männer Verantwortung für Kinder und Familie übernehmen. Wir Grüne bestärken Unternehmensführungen darin, hier umdenken – und Vereinbarkeit aktiv ermöglichen statt sie zu behindern.

Wir machen uns stark für eine Kooperation zwischen dem Netzwerk Ausbildung, der Jugendberufsagentur, dem JobCenter und der Berufsagentur, um die berufliche Verbundausbildung zu stärken. Die Ausbildungsmesse „Mach dein Ding!“ verzeichnet jedes Jahr höhere Zahlen an teilnehmenden Firmen und Schüler*innen. Das Marketing stammt von Jugendlichen für Jugendliche. Sie können auf der Messe direkt mit Ausbildungsbetrieben ins Gespräch kommen und sich über Ausbildungs- und Praktikumsangebote informieren.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.6 STÄRKUNG EINES SANFTEN UND
NACHHALTIGEN TOURISMUS**

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg ist ein Magnet für Tourist*innen aus aller Welt. Durch seine historische Bedeutung während der Kalten Kriege und als Ort urbaner Vielfalt ist unser Bezirk attraktiv für Kulturfans und Partyfreund*innen. Wir setzen uns für einen sanften und nachhaltigen Tourismus in Tempelhof-Schöneberg ein, um Menschen unseren schönen Bezirk nahezubringen und die lokale Wirtschaft zu stärken. Dabei werden wir historisch bedeutsame Orte wie das Rathaus Schöneberg und die Museen und Galerien im Bezirk überregional bewerben und mit Veranstaltungen Besucher*innen anlocken. Um Tourist*innen die Orientierung im Bezirk zu erleichtern, wollen wir eine interaktive Karte mit Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und Events herausgeben.

Der Regenbogenkiez im Schöneberger Norden hat eine Anziehungskraft für die queere Community weit über die Grenzen Berlins und Deutschlands hinaus. Wir wollen zusammen mit den Gewerbetreibenden der „Schwulen Wirte“ den Schöneberger Norden stärker touristisch bewerben und dafür die Mittel der Wirtschaftsförderung nutzen.

Auch das Tempelhofer Feld mit dem alten Flughafengebäude zieht jährlich unzählige Besucher aus der ganzen Welt an, das durch seine einzigartige Geschichte und als Sehnsuchtsort und Beispiel für Freiräume im Großstadtdschungel Menschen fasziniert und begeistert. Wir setzen uns gegen eine Bebauung des Feldes ein und für den Erhalt der Gedenkstätten, Sportanlagen und Freizeitstätten – für Besucher und Berliner*innen gleichermaßen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.7 STADTENTWICKLUNG: SOZIAL UND KLIMAGERECHT**

Antragstext

Wir setzen uns für eine Stadtentwicklungspolitik ein, die kooperativ ist und bei der Menschen - von Jung bis Alt – im Mittelpunkt stehen und nicht der schnelle Gewinn. Zukunftsweisenden Quartieren wie dem EUREF-Campus in Schöneberg-Süd, der für die Energiewende, nachhaltige Mobilität und Innovationen steht, geben wir politischen Rückenwind.

Ein Leuchtturm-Projekt ist auch das Quartier rund um die Alte Mälzerei in Lichtenrade. Wir Grüne haben Planungs- und Förderentscheidungen mit gestaltet und aktiv begleitet. Heute ist das Quartier ein soziales, lebendiges Herzstück für Lichtenrade und Vorbild für die Zusammenarbeit von Bezirk und privaten Investoren. Die Alte Mälzerei beherbergt nach der umfassenden Sanierung heute komplett neu gestaltete öffentliche Angebote wie etwa die wunderschön hergerichtete Bibliothek, die Musikschule, die Volkshochschule und ein Kinder- und Jugendmuseum mit freiem Eintritt und breiten Mitmach-Angeboten.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und dabei kurze Wege und Vielfalt mitdenken

Es gibt viel zu wenig bezahlbare und soziale Wohnungen, während überbezahlte Luxuswohnungen zunehmen. Besonders beim Neubau haben städtische Baugenossenschaften und private Wohnungsanbieter eine wichtige Aufgabe: Sie müssen dafür sorgen, dass die Nachbarschaften vielfältig bleiben. In den letzten Jahren sind einige wichtige Neubauprojekte wie die Marienhöhe, der Lichtenfelder Ring und die Friedenauer Höhe gestartet. Zu neuen Bebauungen in Alt-Mariendorf liegt ein Beschluss vor. Wo immer es nötig ist, nehmen wir die Akteure in die Pflicht, für sozialen und bezahlbaren Wohnraum einzustehen. Bürger*innen sollen sich als Betroffene an Neubauvorhaben beteiligen können.

Die Idee einer Stadt der kurzen Wege wollen wir stärken. Im Bezirk stehen wir für Quartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, soziale Infrastruktur, Kultur und Gemeinschaft eng räumlich eng beieinander liegen. Wie

das die Lebensqualität umfassend verbessert, kann man im Quartier rund um die Alte Mälzerei in Lichtenrade erleben.

Für Berlin sind im Stadtentwicklungsplan ausreichend geeignete Bauflächen ausgewiesen, wie zum Beispiel die Neue Mitte Tempelhof. Es ist sinnvoller, diese Bauprojekte endlich umzusetzen, anstatt das Tempelhofer Feld zu bebauen. Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliger Ort der Naherholung, für Sport und Freizeit, für soziales Miteinander sowie für Umwelt, Natur und Stadtklima. Wir wollen, dass das so bleibt.

Öffentliche Räume gehören allen. Stadtplanung soll Orte schaffen, an denen Menschen sich begegnen, austauschen und Gemeinschaft erleben können. Indem wir das berücksichtigen, fördern wir das demokratische Miteinander. In den letzten Jahren hat unsere grüne Stadträtin die Idee temporärer und gemeinschaftlich organisierter Spielstraßen ausgeweitet. Hier wird wie früher auf den Straßen Platz gemacht für hüpfende Kinder und tratschende Nachbarn, den Austausch zwischen Bekannten und gemeinsamen Spielen. Besonders wichtig sind solche Möglichkeiten dort, wo die Wohnungen klein und der öffentliche Raum sonst eng ist. Auch Nachbarschaftsfeste wie am Rathaus Schöneberg bieten Raum für soziales Miteinander.

Flächen effizienter nutzen und bestehende Gebäude erhalten

Bestehende Flächen werden oft nicht effizient genutzt. Wer zum Beispiel an eingeschossige Supermärkte mit den oft großen Vorplätzen zum Parken denkt, merkt schnell, wie viel Fläche hier versiegelt und vergeudet ist. Mit den privaten Eigentümer*innen haben wir daher Gespräche geführt, um diese Lücken im Stadtbild nachhaltig zu füllen. Wir Bündnisgrüne setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass eingeschossige Gebäude überbaut werden. Hier ist noch viel Potenzial zu heben. Eine Bebauung von Grünanlagen und Naherholungsflächen lehnen wir stattdessen klar ab.

Bestehende Gebäude wollen wir möglichst erhalten und umbauen – und nicht einfach abreißen. Denn Abriss ist oft teuer und verschwendet Ressourcen. Spekulativer Leerstand soll in unserem Bezirk keinen Platz haben. Wir haben das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder in der Bezirksverordnetenversammlung thematisiert, zum Beispiel mit Blick auf die „Flora“ in Friedenau. Der Bestand muss vor Luxusbau geschützt werden.

Gewerbeflächen identifizieren und nachhaltig nutzen

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Viele Menschen arbeiten mehr im Homeoffice als früher. Eine Folge ist, dass viele Büroflächen in Berlin leer stehen. Gleichzeitig ist der Bedarf an Wohnungen hoch. Für eine soziale Stadtentwicklung ist uns wichtig, dass Gewerbe und Handwerk auch zukünftig ihren Platz mitten im Bezirk haben und nicht in Randgebiete verdrängt werden. Die Trennung von Gewerbe- und Wohngebieten halten wir weiterhin für sinnvoll, um Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm, Gerüchen, Schadstoffen und erhöhtem Verkehrsaufkommen zu schützen. In Mischgebieten kann der Umbau von Büroimmobilien in Wohnungen jedoch ein Weg sein, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Innerhalb der bezirklichen Möglichkeiten setzen wir uns für preisgünstige Gewerbeeinheiten ein und wirken darauf hin, dass kleine und mittlere Betriebe nicht durch steigende Mieten verdrängt werden. Ein wichtiges Entwicklungsprojekt ist das Gelände der Marienhöfe in Tempelhof. Im November 2025 wurde dort der Grundstein für das nördliche Wohnquartier gelegt, in dem rund 900 Wohnungen entstehen.

Das gesamte Areal des ehemaligen Güterbahnhofs umfasst etwa 100.000 Quadratmeter und wird zu einem urbanen Quartier mit Raum für Wohnen, Gewerbe, Dienstleistungen und Gastronomie entwickelt. Auch eine nachhaltige, klimaneutrale Energieversorgung gehört zum Konzept des Quartiers.

Im südlichen Teil des Areals ist ein weiteres zukunftsweisendes Vorhaben geplant: der HOGA-Campus. Dieses Branchenprojekt des Hotel- und Gaststättenverbands soll Ausbildung, Weiterbildung und Innovation im Hotel- und Gastgewerbe stärken und die Fachkräfteentwicklung in dieser wichtigen Branche voranbringen. Ziel ist ein integriertes Bildungs- und Innovationszentrum für Gastronomie, Hotellerie und Tourismus.

Für die Realisierung dieses Projekts setzen wir Grüne uns mit Nachdruck ein. Wenn der HOGA-Campus umgesetzt wird, kann hier ein Leuchtturmprojekt entstehen – für unseren Bezirk und für den Wirtschafts- und Bildungsstandort Berlin insgesamt.

Nicht nur langfristige Vorhaben wie diese wollen wir auf den Weg bringen. Für Kunst, Kultur und Nachbarschaftsangebote wollen wir leerstehende Gewerbeflächen auch für kurze Zeit zur Zwischennutzung vermitteln.

Auf Landesebene fordern wir eine Mietpreisbremse für Gewerberäume, Milieuschutz auch für Gewerbemieter*innen und eine Reform des Gewerbemietrechts, damit Mieter*innen Gewerberäume langfristig zu gleichbleibenden Konditionen nutzen können und einen echten Kündigungsschutz erhalten.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.8 DEN BEZIRK FINANZIELL UND PERSONELL
GUT AUFSTELLEN**

Antragstext

Tempelhof-Schöneberg hat in den letzten Jahren gut gewirtschaftet und regelmäßig Jahresüberschüsse erzielt, d.h. es wurde weniger Geld ausgegeben als dem Bezirk zur Verfügung stand. Diese solide, vernünftige und verlässliche Haushaltspolitik ist ein großes Verdienst unseres Grünen Bürgermeisters.

Leider hat sich aber die Berliner Haushaltslage insgesamt unter dem schwarz-roten Senat dramatisch verschlechtert, weswegen auch die Zuweisungen des Landes an die Bezirke nicht mehr ausreichen. Deswegen mussten in unserem Bezirkshaushalt Stellen gestrichen und schmerzhaft Einschnitte an wichtigen Projekten vorgenommen werden.

Das kann so nicht weitergehen. Das Land muss die Bezirke bedarfsgerecht finanzieren. Diejenigen, die Aufgaben beschließen, sollen auch für deren Kostendeckung verantwortlich sein. Zusätzliche Aufgaben dürfen nur mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Bezirke übertragen werden. Dieses sogenannte Konnexitätsprinzip wollen wir auf Landesebene in der Berliner Verfassung verankern.

Die Haushaltsplanung soll konsequent Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Auf Landesebene möchten wir das Gender-Budgeting weiterentwickeln und Mitarbeitende gezielt dafür schulen.

Für eine effektive Verwaltung, die mit der Zeit geht, brauchen wir ausreichend und qualifizierte Mitarbeitende. Aus diesem Grund haben wir für die Beschäftigten des Bezirksamtes ein Quereinsteigerprogramm geschaffen, das wir in den nächsten Jahren ausbauen wollen. In der Personalentwicklung wurden umfangreiche interne Schulungen und ein umfassendes Gesundheitsförderprogramm machen das Bezirksamt zu einem attraktiven Arbeitgeber. Wir stärken die Mitarbeiterbindung durch die Qualifizierung von Führungskräften und ein breites Fortbildungsangebot.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.9 DEN BEZIRK DIGITALER AUFSTELLEN**

Antragstext

Die Verwaltung muss immer für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels muss sich die Verwaltung stärker digitalisieren, damit Dinge einfacher und schneller erledigt werden können. Natürlich muss es für diejenigen, die ihre Angelegenheiten nicht digital erledigen wollen oder können, auch weiterhin die Möglichkeiten geben, dies auf klassischem Wege zu tun.

Wir möchten Künstliche Intelligenz (KI) überall dort unterstützend einsetzen, wo sie Bürger*innen und Verwaltungsmitarbeitende unterstützt und entlastet. Dafür nutzen wir den landeseigenen KI-Assistenten BärGPT, der zur Zeit in der Berliner Verwaltung erprobt wird. KI-Chatbots können ergänzend dort zum Einsatz kommen, wo viele Menschen beraten werden.

Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass ergänzend ein digitales Bürger*innenamt eingerichtet wird. Hier sollen Verwaltungsdienstleistungen per Videoberatung und digitaler Assistenten angeboten werden.

Im digitalen Zeitalter muss auch die Infrastruktur stimmen. Die Netzwerkbandbreite und Stabilität ist oft ungenügend. Wir wollen darauf hinwirken, den Glasfaserausbau effizienter zu gestalten, z.B. indem Genehmigungen beschleunigt werden oder neue Wohngebiete gleich mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden.

A32

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **3.10 STÄDTEPARTNERSCHAFTEN MIT LEBEN
FÜLLEN**

Antragstext

Der Bezirk hat aktuell 15 Städtepartnerschaften, darunter mit Nahariya in Israel und Mykolajiw in der Ukraine. Regelmäßig finden Besuche in die Partnerorte und zu uns statt. Ein echter Höhepunkt war das Fußballturnier in 2024, bei dem über 300 Jugendliche aus allen Partnerschaften teilgenommen haben. In Zukunft möchten wir unsere Städtepartnerschaften ausbauen und beispielsweise anhand solcher Turniere – wie für 2026 bereits geplant – mit Leben füllen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: Kapitel 4 - Unser lebenswerter Bezirk

Antragstext

Ob es um unsere Schulen, Kultureinrichtungen oder Sportanlagen geht: Alle Menschen in unserem Bezirk sollen in einem Umfeld leben, das attraktiv ist, niemanden ausschließt und dazu einlädt, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Unser Ziel: Wir möchten die Jugendarbeit verstetigen, unsere Schulen zukunftsfest machen und unsere Sportflächen sichern. Unseren Kindern und Jugendlichen wollen wir die bestmögliche Bildung vermitteln. Dafür brauchen wir gut ausgestattete Schulen und ausreichend Schulplätze in allen Ortsteilen. Kulturelle Angebote und Orte der Wissensvermittlung wollen wir den Menschen überall im Bezirk zur Verfügung stellen. Die Menschen in Tempelhof benötigen außerdem eine moderne Infrastruktur, die ihnen ohne Barrieren die Teilhabe am sozialen und politischen Leben ermöglicht. Öffentliche Gebäude wollen wir modernisieren, damit sie künftig allen Menschen offenstehen. Und nicht zuletzt ehren wir das Ehrenamt: Die Ehrenamtlichen in Tempelhof-Schöneberg leisten unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl – wir werden sie dabei unterstützen.

Unsere Ziele:

- Wir schaffen Beteiligungsmöglichkeiten und soziale Räume für Kinder und Jugendliche.
- Wir sanieren Schulen und sichern Schulplätze für ein gutes Lernen im Bezirk.
- Wir modernisieren öffentliche Gebäude und Sportanlagen und sorgen für eine gerechte Sportstättenvergabe.
- Wir finanzieren Kultur- und Bildungsorte auskömmlich und stärken die Erinnerungs- und

Gedenkkultur.

- Wir unterstützen das Ehrenamt und stärken den Zusammenhalt für eine lebendige Gemeinschaft.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.1 MEHR RAUM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**

Antragstext

Für eine zielgenauere kommunale Jugendhilfe benötigt unser Bezirk dringend einen Jugendhilfeplan. Grundsätze, die die Entscheidungsfindung im Jugendamt erleichtern, sind in Zeiten knapper Kassen wichtiger denn je. Wir werden deshalb weiterhin auf die zügige Aufstellung eines Jugendhilfeplans drängen.

Vor dem Hintergrund zunehmender queerfeindlicher Angriffe sind Rückzugsräume für queere Jugendliche wichtiger denn je. Dank unserer Beharrlichkeit wurde in Tempelhof ein queeres Jugendzentrum etabliert. Damit erreichen wir weit über den Süden unseres Bezirks hinaus Jugendliche aus ganz Berlin und machen ihnen ein Angebot.

Unsere Jugendeinrichtungen brauchen moderne Gebäude, in denen man sich gerne aufhält. Nach Jahrzehnten des Sparens ist die Bausubstanz unserer Jugendeinrichtungen allerdings stark angegriffen. Zudem fehlen uns für die Jugendarbeit noch immer bezirkseigene Räume, die unabhängig vom Mietenmarkt sind. Auch dank unseres Engagements wurden mit dem Lortzingclub in Lichtenrade und der Friedenauer Burg als erster Schritt zwei sanierungsbedürftige Jugendclubs in die Investitionsplanung aufgenommen. Dennoch existiert noch immer kein Sanierungsprogramm auf Landesebene. Der „Boseclub“ in Tempelhof erhält weniger Geld und in der Prioritätensetzung des Bezirks sind die Jugendfreizeiteinrichtungen weiter nach unten gerutscht. Dieser Entwicklung stellen wir uns gemeinsam mit unseren Abgeordneten auf der Landesebene entgegen. Auch der Kindercircus in der Ufa-Fabrik wäre beinahe der Sparpolitik der Senatsverwaltung zum Opfer gefallen. Dank unserer Politik war es möglich, den Circus durch Überschüsse aus der Parkraumbewirtschaftung zu retten.

Damit „Potse“ und „Drugstore“ endlich wieder eine Heimat bekommen, unterstützen wir nach wie vor den Bau des lange geforderten „Hauses der Jugend“. Gemeinsam mit einer landeseigenen Gesellschaft soll der Bezirk das Projekt am Werner-Voss-Damm entwickeln und so einen wichtigen Begegnungsort für unsere Jugendlichen ermöglichen.

Durch den Rückgang der Geburtenrate leidet Tempelhof-Schöneberg mittlerweile nicht mehr unter einem Mangel an Kita-Plätzen. Bei weniger Einnahmen hat sich der Sanierungsbedarf an Kita-Immobilien gleichzeitig drastisch erhöht. Wir werden uns dafür stark machen, den Betrieb unserer kommunalen Kitas zu sichern und auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Spätestens seit der Corona-Krise leiden Kinder und Jugendliche zunehmend unter Einsamkeit. Um für junge Menschen zusätzliche Begegnungsorte zu schaffen, setzen wir uns deshalb weiterhin für den Ausbau kostenfreier Spiel- und Sportmöglichkeiten ein, insbesondere im Süden des Bezirks. Unter Federführung unserer Grünen Stadträtin haben wir deshalb in Lichtenrade zwei neue Spielplätze errichtet. Weitere Spielplätze sind in Planung.

Um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können, benötigen Jugendliche außerdem zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten. Neben dem großartigen Kinder- und Jugendparlament fordern wir deshalb weitere Beteiligungsformate, die einen Austausch verschiedener Altersgruppen und deren Beteiligung am Gemeinwesen ermöglichen. Wir werden deshalb prüfen, ob wir für unseren Bezirk ein selbst verwaltetes Jugendbudget verwirklichen können.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.2 SCHULEN ALS INKLUSIVE BILDUNGSORTE
WEITERENTWICKELN**

Antragstext

Kinder und Familien brauchen Schulen die gute Bildung bieten- und die gleichzeitig nah und planbar sind. Wir wollen, dass Familien sich darauf verlassen können und wissen, woran sie sind. Schulplätze müssen zu jeder Zeit wohnortnah und bedarfsgerecht ausreichend zur Verfügung stehen, ohne dabei die zulässigen Klassengrößen zu überschreiten. Wir fordern deshalb eine vorausschauende Bedarfsplanung, die alle statistischen Daten einbezieht. Bei der Anmeldung für die Grund- oder Oberschule dauert es bis zur Ausstellung des Aufnahmebescheids jedoch noch immer viel zu lange. Um die Wartezeit zu verkürzen, fordern wir deshalb eine konsequente und individuelle Beratung der Eltern mit realistischen Einschätzungen.

Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren bleibt die schnelle Sanierung von Schulgebäuden ein wichtiges Anliegen unserer Politik. Das erfordert große Sorgfalt, denn wir müssen gleichzeitig notwendige Ausweichquartiere zur Verfügung stellen und sicherstellen, dass Sanierungsmaßnahmen den laufenden Unterricht nicht beeinträchtigen. "Fliegende Klassenzimmer" und der Ausbau unserer Schuldrehscheiben können dabei helfen.

Um den klimatischen Veränderungen gerecht zu werden, sind energetische Sanierungen und weitreichende Klimaanpassungsmaßnahmen unabdingbar. Denn lernen kann man vor allem mit einem kühlen Kopf. Wir werden deshalb den Bau von Solaranlagen auf Schulen weiter voranbringen. Mit dem Projekt „Köpfchen statt Kohle“ wollen wir weiterhin Energieeinsparungen durch Verhaltensänderung erreichen. Kosteneinsparungen nutzen wir für weitere Investitionen in die Infrastruktur.

Noch immer ist die Reinigungssituation in unseren Schulen unbefriedigend, besonders rund um die Schultoiletten. Wir fordern deshalb weiterhin die Rekommunalisierung der Schulreinigung.

Genauso wichtig ist die Digitalisierung unserer Schulen. Der Breitbandausbau ist in den letzten Jahren zwar

gut vorangekommen, jedoch müssen auch moderne Endgeräte und Laptops in allen Schulen zum Standard werden. Die Medienkompetenz aller Mitglieder der Schulgemeinschaft wollen wir durch Weiterbildungs- und Informationsangebote weiter stärken.

Wir setzen uns außerdem entschieden für inklusive Schulen ein und fordern, das Prinzip der Inklusion in allen Bereichen des schulischen Lebens konsequent zu verwirklichen. Den Plan für einen zusätzlichen Förderschwerpunkt am Berlinicke-Platz lehnen wir ebenso entschieden ab wie die neu eingerichtete Container-Schule am Flughafen Tempelhof. Beide fördern den Ausschluss von Kindern, die sich ohnehin bereits in schwierigen Lebensumständen befinden. Das darf nicht sein. Die Bedürfnisse von Kindern, die besondere Anforderungen haben oder aus anderen Ländern nach Berlin gekommen sind, muss das Bezirksamt bei der Planung und Vergabe von Schulplätzen besser berücksichtigen.

Im Sinne der Inklusion setzen wir uns außerdem konsequent für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen ein. Mit der Friedenauer Gemeinschaftsschule verfügt unser Bezirk über ein Vorzeigeprojekt, das sich seit zehn Jahren bewährt hat und deutschlandweit anerkannt ist. Die Johanna-Eck- und die Mascha-Kaléko-Schule wollen wir unterstützen, damit sie sich künftig zu Gemeinschaftsschulen entwickeln können. Auch an der Halker Zeile in Lichtenrade wäre ein Standort für eine weitere Gemeinschaftsschule sinnvoll.

Die Autonomie unserer Schulen wollen wir weiter stärken. Die Schulgemeinschaften und ihre Mitglieder wissen am besten, wie sie sich als lebenswerte Lernorte aufstellen. Um die Beteiligten vor Ort in die Lage zu versetzen, sich programmatisch weiterzuentwickeln und eigene Wege zu beschreiten, benötigen sie ein höheres Budget für Personal, Projekte, kulturelle Bildungsangebote und Fortbildungen. Damit stärken wir außerdem gezielt die Ganztagsbetreuung. Um im Sinne der Schulautonomie auch die Selbstbestimmung und Beteiligung von Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten, bekennen wir uns außerdem klar zum Schüler*innenhaushalt. Unserem Engagement in Tempelhof-Schöneberg ist es zu verdanken, dass der Schüler*innenhaushalt trotz massiver Einsparungen für ganz Berlin gerettet und verstetigt werden konnte.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.3 BEZIRKLICHE GEBÄUDE FÜR DIE ZUKUNFT
FIT MACHEN**

Antragstext

Der Gebäudebestand des Bezirks spielt eine zentrale Rolle für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Tempelhof-Schöneberg verfügt über zahlreiche Schulen, Verwaltungsgebäude und weitere öffentliche Liegenschaften. Deren Entwicklung wollen wir konsequent an den Zielen der Klimaneutralität, der sozialen Gerechtigkeit und der Barrierefreiheit ausrichten.

Bei der Nutzung erneuerbarer Energien muss das Bezirksamt seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Ein wichtiger Baustein ist dafür der weitere Ausbau von Photovoltaik auf bezirkseigenen Liegenschaften. Konflikte mit dem Denkmalschutz werden wir konstruktiv lösen, damit der Ausbau von Solarpaneelen und die Bewahrung unserer historischen Bausubstanz im Einklang stehen – denn auch denkmalgeschützte Gebäude sollen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Unsere Bürgerämter, Bibliotheken und Sporthallen müssen fit werden für die Herausforderungen des Klimawandels. Viele Liegenschaften sind allerdings marode und verursachen hohe Energieverbräuche. Der Bezirk wird seine Sanierungsprogramme deshalb fortsetzen und die Vorgaben des bezirklichen Klimaanpassungskonzepts konsequent durchsetzen. Energetische Sanierungen senken nämlich nicht nur dauerhaft Kosten, sondern verbessern auch das Raumklima. Man lernt und arbeitet besser, wenn man nicht friert oder in der Hitze zergeht. Bei Neubauten und Sanierungen werden wir durch Begrünungen, ein intelligentes Regenwassermanagement und Verschattungen den Hitzeschutz voranbringen. Gegenüber dem Senat werden wir darauf drängen, die dafür notwendigen Mittel verlässlich bereitzustellen.

In Tempelhof-Schöneberg sind bebaubare Flächen ein seltenes und wertvolles Gut. Wir setzen uns deshalb für eine zukunftsorientierte Liegenschaftspolitik ein, die öffentliche Flächen langfristig sichert und verantwortungsvoll entwickelt. Das strategische Flächenmanagement, das Bau- und Nutzungspotenziale bislang ungenutzter Flächen ermitteln soll, werden wir stärken.

Nach wie vor ist für uns klar: Öffentliche Gebäude müssen funktional, umweltverträglich und barrierefrei sein. Bei Neu- und Umbauten müssen Rampen, Aufzüge, verständliche Wegeführung, gute Erreichbarkeit und inklusive Nutzbarkeit für alle Menschen von Anfang an mitgedacht werden. Um allen Menschen die Teilhabe am politischen Leben zu ermöglichen, werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass Rampen, Hörschleifen sowie taktile und visuelle Orientierungssysteme den Zugang zu bezirklichen Einrichtungen erleichtern. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die von uns geforderten mobilen Bürgerämter insbesondere im Süden des Bezirks umzusetzen, um insbesondere älteren oder mobilitätseingeschränkten Menschen den Weg zu Bürgerämtern zu ermöglichen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.4 SPORTFLÄCHEN AUSBAUEN - SPORT UND BEWEGUNG FÜR ALLE ERMÖGLICHEN**

Antragstext

Sport und Bewegung fördern die Gesundheit und bringen Menschen zusammen. Unser vorrangiges Ziel ist es deshalb, bestehende Sportflächen zu sichern und auszubauen. Leider fehlen uns in allen Teilen unseres Bezirks die notwendigen Flächen. Neue Sportflächen lassen sich nur schwer erschließen. Viele bestehende Sportanlagen sind außerdem sehr marode. Die meisten Sportstätten sind zudem für Menschen mit Einschränkungen kaum nutzbar. Zudem reichen die Landesmittel zur Sanierung unserer Sportanlagen bei weitem nicht aus, um den Investitionsbedarf abzubauen. Unserem Grünflächenamt ist es dennoch in Rekordzeit gelungen, die Kunstrasenplätze in der Markgrafenstraße, im Volkspark Mariendorf und in der Halker Zeile in Lichtenrade zu sanieren. Und es wurden zusätzliche kostenlose Sportanlagen im öffentlichen Raum geschaffen wie die erfolgreichen Calistenetics-Anlagen entlang der Grünzüge im Bezirk.

Für eine schnellere Sanierung unserer Sportanlagen werden wir das Bezirksamt weiterhin auffordern, sich konsequenter auf Bundesmittel aus der „Sportmilliarde“ zu bewerben. Landesmittel („SSP-Mittel“) sind so einzusetzen, dass sie allen Teilen unseres Bezirks gleichermaßen zugutekommen. Um Vereinen dringend benötigte Räume zur Verfügung zu stellen, werden wir verstärkt Containerlösungen einfordern.

Die Vergabe unserer Sportstätten muss niedrigschwellig, geschlechtergerecht und transparent vonstattengehen. Trotz unserer Forderungen können die Bezirke jedoch noch immer nicht flächendeckend auf die digitale Sportflächenvergabe zurückgreifen. Damit das Bezirksamt interessierte Bürger*innen umfassend über die Sportangebote im Bezirk informieren kann, wollen wir die Ressourcen des Bewegungskoordinators erweitern.

Dank unserer Initiative investiert das Bezirksamt jährlich mindestens 100.000 Euro in die Barrierefreiheit unserer Sportanlagen. Den Abbau von Barrieren an unseren Sportstätten werden wir weiterhin konsequent einfordern. Darüber hinaus setzen wir uns für mindestens zwei komplett inklusive Sportanlagen und zusätzliche barrierefreie Sportflächen im öffentlichen Raum ein.

Auch die fehlende Geschlechtergerechtigkeit in der Sportförderung und in der Sportstättenvergabe ist noch immer ein Problem. Um den Mädchen- und Frauensport sichtbarer zu machen, haben wir den Mädchen- und Frauensportpreis ins Leben gerufen. Auch das jährliche Mädchensportfest ist durch unser Engagement entstanden. Um auch zusätzliche Bewegungsangebote machen zu können, werden wir gemeinsam mit geeigneten sozialen Trägern geschlechtergerechte Formate entwickeln.

Die bauliche Situation der Bäder in Tempelhof-Schöneberg ist ein Desaster. Das Stadtbad Schöneberg wird gerade saniert und ist deshalb nicht nutzbar. Für die Sanierung des ebenfalls geschlossenen Kombibads in Mariendorf existiert noch immer kein seriöses Finanzierungskonzept. Die beiden derzeit geöffneten Bäder in der Götzstraße und am Sachsenamm sind extrem marode und bieten nur wenige Stunden Schwimmzeit pro Woche für die Öffentlichkeit an. Das regelmäßige Schul- und Vereinsschwimmen sowie das mittlerweile eingerichtete Schulschwimmzentrum ist dadurch massiv gefährdet. Gemeinsam mit unseren Mandatsträger*innen auf Landesebene werden wir uns entschieden für die dringend notwendige Erneuerung unserer Infrastruktur einsetzen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.5 KULTURELLE ANGEBOTE FÜR DEN
GANZEN BEZIRK**

Antragstext

Kultur ist das Herz eines lebendigen Bezirks – sie verbindet, inspiriert und schafft Gemeinschaft. Unsere Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, Museen, Galerien und Theater sind Orte der Begegnung und des Austauschs. Wir stärken sie als lebendige Räume für alle, denn Kultur gehört allen. Wir setzen uns dafür ein, die kulturelle Infrastruktur zu stabilisieren und auszuweiten, um eine flächendeckende Versorgung mit kommunalen Kultureinrichtungen zu erreichen.

Die Alte Mälzerei in Lichtenrade ist ein Leuchtturmprojekt für Kulturpolitik in Tempelhof-Schöneberg, für das wir uns seit Jahren eingesetzt haben. Seit seiner Neueröffnung als Kulturzentrum finden sich in dem Industrie-Denkmal eine Bibliothek, ein Kindermuseum sowie Räume für die Leo-Kestenberg-Musikschule und für die Volkshochschule samt einer Lehrküche für Ernährungsbildung. Die Alte Mälzerei zieht nicht nur Menschen aus Lichtenrade an, sondern strahlt auch über den Bezirk hinaus aus und ist ein wichtiger Treffpunkt für Bildung, Kultur und Gemeinschaft im Süden Berlins. Mit der „Neuen Mitte Tempelhof“ wollen wir auch in Tempelhof einen attraktiven Kulturort mit einer neuen Bibliothek, einer kommunalen Galerie und Räumen für die Volkshochschule schaffen.

Doch auch darüber hinaus wollen wir die Bibliotheken im Bezirk mit modernen Medien und Angeboten für alle Altersklassen ausstatten, um sie zu lebendigen Treffpunkten und Räumen des gemeinsamen Lernens und Gesprächs zu machen. Wir verstehen Bibliotheken als einen niedrigschwelligen und inklusiven Kulturort, der mehr bietet als die Möglichkeit, Bücher auszuleihen. Die Stadtteilbibliotheken sind Horte der kulturellen Daseinsvorsorge, Orte der Kommunikation, Bildung und Informationsbereitstellung, ohne Konsumzwang. 2021 musste die Gertrude-Kolmar-Bibliothek ihre Räumlichkeiten in der Sophie-Scholl-Schule aufgeben und hat bis heute keinen neuen Standort gefunden. Wir setzen uns weiterhin für einen neuen Standort ein, damit der Bezirk diesen wichtigen Lern- und Bildungsort zurückerhält.

Die vielfältigen Angebote der Volkshochschule leisten einen wichtigen Beitrag zu kultureller Teilhabe, sozialer

Integration und lebenslangem Lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Programme weiter ausgebaut werden können und nicht eingeschränkt werden müssen.

Die Musikschule und die Jugendkunstschule sind zentrale Orte kultureller Bildung im Bezirk. Ihr vielfältiges Angebot ermöglicht Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Zugang zu Musik und Räume zum kreativen Ausprobieren und zur künstlerischen Entfaltung, unabhängig vom Geldbeutel. Wir setzen uns für eine gesicherte Finanzierung, ausreichend Räume, eine gute Ausstattung und verlässliche Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte ein, damit ihr Angebot weiter wachsen kann. Auch aufgrund unseres Engagements wurden auf Landesebene Mittel bereitgestellt, um etwa ein Viertel der zuvor freiberuflich tätigen Lehrkräfte an Musikschulen fest anzustellen. Darüber hinaus setzen wir uns beim Senat für die Festanstellung weiterer Lehrkräfte an Musikschulen ein.

Die freie Kulturszene ist eine der großen Stärken Tempelhof-Schönebergs. Wir wollen freie Kulturschaffende finanziell und räumlich bestmöglich unterstützen. Bezirkliche Förderprogramme sollen erhalten bleiben und stärker bekannt gemacht werden. Gleichzeitig wollen wir bezahlbare Räume für kulturelle Produktion sichern. Ateliers, Proberäume und Werkstätten sind unverzichtbar für ein lebendiges Kulturleben. Nicht zuletzt durch unser Engagement konnten wir vor einigen Jahren das Kulturhaus Schöneberg mit vielen Kulturräumen in der Kyffhäuserstraße etablieren. Daran werden wir anschließen, indem, wo möglich, kostengünstige oder kostenfreie Räume für kulturelle Initiativen zur Verfügung gestellt werden.

Kultur lebt auch von Veranstaltungen im Kiez. Deshalb setzen wir uns für die Förderung von Kiezkultur und lokalen Veranstaltungen ein. Das jährliche Kultursommerfest des Amts für Kultur soll weiter bestehen und als Treffpunkt für Kultur, Nachbarschaft und Austausch erhalten bleiben.

Nach wie vor wollen wir das ehemalige Straßenbahndepot in der Belziger Straße zu einem soziokulturellen Standort entwickeln. Die Menschen aus der Umgebung benötigen dringend Räume für Kultur und Begegnung. Die Pläne des Senats, den Standort als Parkfläche für konfiszierte Fahrzeuge zu nutzen und perspektivisch zu einem Feuerwehr-Museum umzubauen, lehnen wir ab. Wir wollen das Depot bis zur endgültigen Entscheidung über die Zukunft des Standorts für soziokulturelle Zwischennutzungen öffnen.

Viele kulturell genutzte Immobilien im Bezirk sind stark sanierungsbedürftig, z.B. das Haus am Kleistpark. Gemeinsam mit unseren Grünen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses werden wir dafür eintreten, dass das Haus endlich beim Senat priorisiert und barrierefrei umgebaut wird. Wir kämpfen dafür, dass damit ein wichtiger kommunaler Kulturort in unserem Bezirk für wirklich alle Menschen zugänglich sein wird.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.6 ERINNERUNGSKULTUR WACHHALTEN FÜR
EIN VIELFÄLTIGES ERINNERN**

Antragstext

Wir Bündnisgrünen setzen uns für eine vielfältige Erinnerungskultur ein. Nur so ist es uns möglich, Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. In unserem Bezirk gibt es jedoch noch immer viel zu wenige Erinnerungsorte an die Kolonialzeit. Das wollen wir ändern. Im Haus am Kleistpark und im Tempelhof-Museum gab es bereits Ausstellungen zur kolonialen Vergangenheit unseres Bezirks. Daran werden wir anknüpfen und weitere koloniale Erinnerungsorte im Bezirk identifizieren und sichtbar machen, um die kritische Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit zu ermöglichen. – etwa am Kleistpark als Ort der sogenannten „Botanischen Zentralstelle für die Deutschen Kolonien“ oder in Friedenau im Zusammenhang mit der Kolonialausstellung und der Völkerschau DAMUKA 1907.

Die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft bleibt uns stets Verpflichtung. Die Geschichte der Kori Ofenfabrik in Schöneberg, in der Öfen für KZ-Krematorien und das Euthanasie-Programm der Nazis hergestellt wurden, darf deshalb nicht in Vergessenheit geraten. Auf unsere Initiative hat der Bezirk ein Forschungsprojekt zu dem Thema in die Wege geleitet. Darüber hinaus werden wir uns für einen Mahn- und Erinnerungsort am ehemaligen Standort der Fabrik einsetzen.

Als „Grenzbezirk“ werden wir außerdem die Erinnerung an die DDR-Geschichte und die Teilung unserer Stadt wachhalten und sichtbar machen. Die Lückenschließung des Mauerradwegs bei Lichtenrade war ein erster Erfolg, um die Verbundenheit unseres Bezirks mit der deutsch-deutschen Geschichte zu verdeutlichen. Wir kümmern uns auch weiterhin um den Mauerweg, bspw. für eine bessere Ausschilderung. Daran werden wir anknüpfen, indem wir weitere erinnerungskulturelle Initiativen unterstützen.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.7 EHRENAMT UNTERSTÜTZEN UND
SICHTBAR MACHEN**

Antragstext

Ehrenamt ist das Rückgrat unseres Zusammenlebens in Tempelhof-Schöneberg. Tausende Menschen engagieren sich Tag für Tag in Vereinen, Initiativen, Nachbarschaften und sozialen Projekten – sie halten unseren Bezirk lebendig, solidarisch und vielfältig. Dieses Engagement wollen wir stärken, unterstützen und sichtbar machen. Wir haben uns für das Ehrenamtsbüro stark gemacht, sodass es seit vielen Jahren hervorragende Arbeit leistet: Es berät, vernetzt und begleitet zahlreiche ehrenamtlich Aktive und Initiativen im Bezirk.

Mit der Verleihung der Ehrenamtskarten in verschiedenen Kategorien würdigen wir Menschen, die sich in besonderer Weise für das Gemeinwohl einsetzen. Darüber hinaus zeichnet der Bezirk Persönlichkeiten mit der Verdienstmedaille aus – der höchsten Auszeichnung unseres Bezirks – für langjähriges und herausragendes ehrenamtliches Engagement. Mit der jährlichen Ehrenamtsbörse schaffen wir zudem einen wichtigen Treffpunkt für Austausch, Vernetzung und Sichtbarkeit der vielen Vereine, Verbände und Initiativen, die Tempelhof-Schöneberg so besonders machen.

Einsamkeit stellt in urbanen Räumen wie in Tempelhof-Schöneberg ein wachsendes Risiko dar. Einsamkeit beeinflusst soziale Teilhabe, psychische und körperliche Gesundheit, aber auch Arbeitsmarktchancen nachhaltig. Einsamkeit ist ein Querschnittsthema in der Gesellschaft, bürgerschaftliches Engagement trägt nachweislich insbesondere zur Stärkung sozialer Netzwerke bei, fördert Zugehörigkeit und schützt langfristig vor sozialer Isolation.

Engagement schafft Begegnung, stärkt Selbstwirksamkeit und verbindet Menschen über unterschiedliche Lebenslagen, Generationen und Herkunft hinweg, genau dort wo Einsamkeit überwunden werden kann. Im Rahmen der bezirklichen Initiative "Engagiert gegen Einsamkeit" wurden bereits erste Maßnahmen zur Einsamkeitsbewältigung und -prävention umgesetzt, darunter der Aufbau eines kommunalen Netzwerkes gegen Einsamkeit.

Tempelhof-Schöneberg hat 2025 erstmals den „Gemeinschaftspreis des Bezirksbürgermeisters zur Würdigung von Engagement gegen Einsamkeit“ verliehen. Als erster Berliner Bezirk setzt Tempelhof-Schöneberg hat damit ein deutliches Zeichen im Kampf gegen Einsamkeit gesetzt.

Weitere Fachtagungen zum Thema Einsamkeit, das neue Veranstaltungsformat "Lange Tafeln gegen Einsamkeit" in den einzelnen Regionen und eine Kampagne "Wir sind die Nachbarschaft" werden wir zur Aktivierung nachbarschaftlichen Zusammenhalts gegen Einsamkeit voranbringen.

Die Zukunft unseres Bezirks gestalten wir alle gemeinsam!